

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephon-Nr. 90. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telephon-Nr. 90.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bei Abschrift unserer Originalarbeiten bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Georg Wizmann, Bochum.  
Druck u. Verlag von Handmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Anzeigen kosten die sechsgipfligen Preise  
je 10 Pf. deren Raum 1,— Mr.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei  
28maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

### Unter einem Hut.

Alle unter einer Fähre,  
Brüder, die zusammen steh'n,  
Ausgelenkt von keinem Wahne,  
So möcht' ich die Knappen seh'n. —

Fest in Einigkeit verbunden,  
Unterheit von Held und Gross,  
Nur vom Treueband umwunden,  
Echten Opfermutes voll. —

Dies mein Hoffen und Verlangen,  
Seit ich froher war im Schacht,  
Dies mein Flüchten und mein Bangen,  
Weil es noch nicht ist vollbracht. —

Immer noch in Schrift und Rede  
Prangt sich ein der alte Zwist,  
Immer noch die alte Fehde,  
Um das kleine Wörtchen „Christ“. —

Läßt doch endlich von dem Wahne,  
Von der dummen Fehdebit —  
Alle unter einer Fähre!  
Alle unter einem Hut!

Fruchtlos ist sonst euer Mähen  
Und umsonst der Bessungsdrang —  
Einig, einig müsst ihr ziehen  
Unentwegt an einem Strang. —

Sieh ihr doch im Schoß der Erde  
Solidar in Not und Pein —  
Warum macht es euch Beschwerde  
Über Tag es auch zu sein? — H. K.

wurden für Streikende gesperrt. So wechselte ein „Recht“ das andere ab. Die „Streikvergehen“ steigen, andere Strafhandlungen kamen selbstverständlich nicht so häufig vor, als in „richtigen Zeiten“. Es war, als lebte man in einem fremden, feindlichen Lande. Und schließlich ist es nicht anders.

Die Grenzen zwischen den beiden Nationen — Kapital und Arbeit — waren stetig und deutlich gezogen, und immer ist es der Streik, der uns ja den Klassenstaat und mit ihm den Klassenkampf am besten zeigt. So ist es. Erst lässt man die Arbeiter leiden, drangaliert sie. Alles Trachten und Tun der Werthsäher geht nur auf Mehrung des Profits hinaus. Arbeiterwünsche werden veracht, energisches Verlangen mit Maßregelungen beantwortet. Freiwillig tut man nichts und wenn dann die Arbeiter zum äußersten Mittel greifen, sich ihrer Haut wehren, setzt die Staatsgewalt mit ein. Eine Art erlaubter und unerlaubter Mittel ergiebt sich über die kämpfende Arbeiterschaft. Was gestern Recht war, wird heute Unrecht und umgekehrt. Es herrscht ja Kriegszustand. Das ist uns nichts Neues mehr. Wir erleben es immer wieder. Und doch wird dieses ungeheuerliche Unrecht nicht von allen Arbeitern erkannt. Sei es aus irgend welchem Grunde, immer finden sich selbst Arbeiter, denen das Bewußtsein für diesen Klassenkampf für das hinunserleidende Unrecht fehlt. Sündhaft sind es diejenigen, welche als vermeintliche Arbeitswillige sich um den Streik drücken, dann sind es die Streikbrecher selbst. Für sie paßt, was ein englischer Richter einmal sagte. Der selbe fasste folgendes Urteil über die Streikbrecher:

„Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist und obgleich beide in besonderlichen Seiten möglich sein mögen für die eine Partei, so sind sie doch verachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, der einem anderen Hilfe gibt, aber der erste, der Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gesichert. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus, jedoch für Geld und würdevolle Zulassung wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Worte, er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Wir bringen dieses Zitat um so lieber, als es Hirsch-Dundersche Gewerksche Gewerksvereinsorgane in jüngster Zeit und zwar nach dem mitteldeutschen Streik von neuem veröffentlichten, den sog. Arbeitswilligen und Streikbrechern zur Abschreckung und den übrigen Arbeitern zur Beachtung. Wir bringen aber auch dieses Zitat, um zu zeigen, wie Arbeiter im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein organisiert den Streikbruch propagierten und schlimmer noch, wie Führer von Hirsch-Dunderschen Arbeiterverbänden offen zum Streikbruch aufforderten.

Wahrscheinlich war die Konferenz, in der die Forderungen der Bergarbeiter in Mitteldeutschland aufgestellt wurden, eine öffentliche. Eine große Anzahl Kaimeraden im Gewerksverein der deutschen Fabrik und Lederarbeiter (Hirsch-Dunderscher organisiert) nahmen an den Beratungen dieser Konferenz teil und stimmten auch den Forderungen zu. Ob sie im Auftrag erschienen oder nur für sich sprachen, bedarf hier keiner Erörterung. Es genügt dieser Hinweis, wie auch die Tatsache, daß mehrere Hunderte Gewerkschaftsmitglieder laut Beschluss öffentlicher Versammlungen mit in den Streik traten. Das war am 26. März. Kaum aber hatte der Streik begonnen, als ein Generalratsmitglied des genannten Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins ins Streikbüro kam, um dort den Streik zu beenden, d. h., er lief, ohne sich um die Gesamtvorstände wie Streikleitung zu kümmern hin und suchte hinter dem Rücken der starken Organisation in den Betrieben mit den Werksverwaltungen zu verhandeln. Ebenso heimlich wie er kam, rückte er wieder ab. Doch bald sollte sich herausstellen, was der Generalrat in Burg — dem Sitz des Gewerksvereins — zusammengebracht hatte. Am 4. April schon erschien ein Flugblatt des Generalrats, das zunächst den Sozialdemokraten (I) vorwarf, den Streik angezettelt zu haben, ferner den Bergarbeiterverband beschuldigte, seine finanziellen Mittel aus unbekannten Quellen zu schöpfen. Dann wollte der Generalrat autorisiert sein zu der Erklärung, daß die Grubenbesitzer wohlwollend die Forderungen der Arbeiter prüfen wollen, aber erst sollten die Arbeiter zur Arbeit zurückkehren und schließlich heißt es wörtlich:

„Unter Hinweis hierauf ersuchen wir die betreffenden Mitglieder, welche sich an dem Streik beteiligt haben und noch aussändig sind, sofort, spätestens aber mit Beginn der nächsten Woche die Arbeit wieder aufzunehmen, die Unterstützungszahlungen endigen unter allen Umständen mit dem Ablaufe dieser Woche, worauf wir die Herren Ortskässer hiermit ausdrücklich hinweisen.“

Der Generalrat des Gewerksvereins der deutschen Fabrik- und Lederarbeiter.

C. Haupt, Vorsitzender; C. Hohn, Generalsekretär;

G. Raab, Schatzmeister.

Dieser schamlose wie plumpfe Verrat hatte zur Folge, daß der kleinere Teil der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinler in die Gruben zurückkehrte, der größere Teil hingegen schloß sich entweder dem Verbände an oder nahm den Kampf gegen den Generalrat auf mit dem Erfolg, daß später gegen Schluss des Streiks doch noch Geldmittel flüssig gemacht wurden. Das waren böse Zeiten für den Generalrat. Im eigenen Lager wurde heimlich wie öffentlich mobil gegen ihn gemacht, umso mehr als die Entzündung der Streikunterstützung nicht einmal mündlich begründet war. Nur noch Kleber konnten bei solchen Angriffen auch noch fernerhin den Generalrat bilden. Das ist unsere Meinung. Nun, der Bergarbeiterverband übernahm es, die Weiterstreitenden aus dem Gewerksverein, soweit sie dem Verband beitreten, voll zu unterstützen. Die Hirsche heulten: „Das ist das gemeinst und schiefste, was der alte Verband bisher geleistet hat.“

Sogar Herr Schmidt-Oberhausen konnte es nicht untersagen, uns in einem Flugblatt des „schlimmsten Verrats“ zu be-

gleichen, weil wir es wagten, die von dem Generalrat verlassenen Mitglieder weiter über Wasser zu halten. So weit ging die krauthafte Phantasie. Aber es kommt noch besser. Statt hier zu kommen und das Geschlechterte wieder gut zu machen, kam man her und nahm den Kampf gegen den Verband und den Streik auf. Als Mittel und Organ hierzu wurde die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ (Organ der deutschen Gewerksvereine H.-D.) ausgespien. Und wie nahm man den Kampf gegen uns auf? Auf faulndice Weise kam es nicht an. Das sind wir ja gewohnt, aber was soll man sagen, wenn die „Mitteldeutsche Volkszeitung“ vom 10. April 1906 uns in die Schuhe schiebt, „wie liegen bei Verliegen der Verbandsklasse hin zu guten Freunden, zu Unternehmern, die sonst doch immer die blutgierigsten Unterdrücker sein müssen und unterschrieben Wechsel.“

Und was sagen vernünftige Menschen zu folgendem Ergebnis im gleichen Artikel:

„Wenn nun aber die Mittel alle erschöpft sind, was dann? Dann verdünnen diese Schafe von Hirschen und Verrätern, nachdem sie hunderte von Familien in Not und Elend und Unglück gestützt haben, nachdem sie Hass, Neid und Zwieträcht gefestigt haben. Dann geben diese Kreaturen, die weder Heimat noch Familie, weder Ehre noch Vaterland kennen, in eine andere Gegend und versuchen dort aufs neue ihr teuflisches Handwerk — bis sie endlich schwach werden untergehen im Schmuse der Großstadt! Und das sind dann Arbeiterführer, Volksfreunde, Volksbegüller?“

Diese Sorte von Menschen und ihre gleichwertige Presse wagt es, die Gewerksvereine als Verräte hinzustellen, sie zu beschimpfen und zu verhöhnen?

Wer ist der Verräte???

Diese Sorte von Menschen sind die Arbeiterverräte und Arbeitervertreter. Ihre Opfer zählen jährlich mehr, als durch große Katastrophen umkommen. Sieht das der Arbeiter nicht bald ein? Wie lange wird er sich noch leicht und mißhandeln lassen von diesen Verführern, wie lange wird es noch dauern, bis das Morgenrot der wirklichen Freiheit, die Sonne der deutschen Gewerksvereine die Nacht und die Macht der Hirsche durchdringt? Wie lange wird es noch unter den Gewerksvereinen selbst Leute geben, die in den gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Maßhelden wirtschaftliche Arbeiterfreunde sehen und mit ihnen fraternisieren und charmieren?

Herrlicher Born muß jeden erfassen, der mit ansehen muß, wie sich das giftige ekelhafte Gewirr um den Baum des Lebens, die deutschen Gewerksvereine, schlängt und mit seinem vielfältigen Gifthaube freies deutsches Denken und Fühlen erstickt will, aber herbei ihr Männer! Erwacht und helft mit, den Arbeitern die Ketten zu nehmen, helft mit, alle die ihr dazu berufen seid, den Terrorismus der sklavischen, sogenannten „freien“ Gewerkschaften zu brechen — helft mit, die Gewerkschaftsorganisation alzeit zu fördern — sie kann und wird der Schlange den Kopf zertragen!

Das waren die Tage, wo der Redakteur (Herr Lechner) des Blattes und Agitator der Gewerksvereine „gesenkten Hauptes“ durch die Streikreviere elte, und wie er schreibt — breite rote Flecken mit auffielen, die langsam im Sande verwitterten —, das war Blut, Menschenblut. Es soll zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen zu Ausschreitungen gekommen sein: ich hab keine Lust, dein nachzuspüren, das ist nicht Sache des Menschenfreundes usw.“ Kurz und gut, Lechner sah Menschenblut. Wir nehmen heute zu Gunsten E. an, daß er nur log und nicht distanzierte. So ging die Schreibweise eine Zeitlang weiter. Da war denn doch August Brust der reiste Watschnaue gegen den Verfasser obiger Schmiede, auf deren Widerlegung wir selbstverständlich verzichten.

Während die Zahl der Streikenden trotz des Vertrags der H.-D. Gewerksvereine zunahm, entblödete man sich nicht, alle Tage vor einer Aufgabe des Streiks zu fassen. Schon am 15. April war bei Lechner der Streik beendet. Es heißt da in einem mit Th. V. (Lechner) gezeichneten Artikel: — Gründonnerstag 1905 —, derselbe Tag 1906! Beide haben in gleiches in sich — die Beendigung zweiter Streiks. 1905 wurde am Gründonnerstag der Weizenfelder Schuhmacherstreik. Auch hier litten die Hirsche schmählichsten Verlust und brachten hierdurch den Streik zu Fall. D. Red., 1906 wurde der Streik der Bergleute zu Grabe getragen. Lechner war dann nochmals in die Reviere gegangen, um sich persönlich vom Ende des Streiks zu überzeugen, und richtig, vom Streik war nichts mehr zu spüren. Es nachträglich stand sich in der „Mitteldeutschen Volkszeitung“ der Streik wieder und das Blatt wurde insofern anständiger, als es nur für längere Zeit den Streik überhaupt toschwieg. Soviel die H.-D. Gewerksvereine, aus dessen Organ dies Zitat des englischen Richters entnommen ist.

Auch die „Kathol. Fachabteilungen“ trieben da, wo sie Anhänger hatten, gleiches Spiel. Doch kamen sie in den Streikrevieren kaum in Frage, sodass sie weniger Schaden anrichten konnten. Überdies rechneten die Streikenden bei den katholischen Fachabteilungen von bornherren auf Streikbruch und waren über deren Handlungswelt gar nicht erstaunt.

Die Kameraden aller deutschen Bergreviere mögen sich die Vergehen der Nachorganisationen in Mitteldeutschland recht merken und sich ihre Freunde bei Streiks in der Nähe beieilen, ehe sie eine Kampfsgemeinschaft für die Dauer des Streiks bilden. Wir stehen gar nicht an, zu erklären, daß die Hirsch-Dunderschen nicht immer und überall einen solchen Skandal auf sich laden; aber eins ist hier festzuhalten: Es scheint nämlich Methode in der Sache zu liegen.

Als im Jahre 1905 in Gottesberg der Bergarbeiterstreik auf den Schlesischen Kohlen- und Eisenwerken ausbrach, machten die Hirsche mit. Der Streik wurde nach drei Tagen für die Arbeiter günstig beendet. Unterstützung seitens des Verbandes wurde darum nicht gezahlt. Wohl aber kam derselbe Generalrat, der heute zum Streikbruch aufgerufen, her und bewilligte nachträglich vom ersten Tage an die Unterstützung, um dann das ganze Jahr hindurch mit seinen Leistungen zu prahlen und dem Verband hiermit entgegenzuhalten — bei diesem oder jenem auch mit Erfolg. Anders bei dem diesjährigen Streik in Gottesberg, da wurde gleich bei Beginn

des Aufstandes das anwesende Generalratsmitglied Raab in der öffentlichen Versammlung gefragt, wie es sich mit der Unterstützung der Streikenden verhalte und ob der Gewerksverein beabsichtige einen Teil der Nichtorganisierten mitzuunterstüten. Herr Raab sagte letzteres zu, lehnte letzteres aber rückwärts ab. Die gleiche Erklärung hatte vorher auch die "Gotha-Dachabteilung" abgegeben. Herr Raab wies auch noch darauf hin, daß die Kassenverhältnisse des Gewerksvereins nicht so glänzend standen, um auch die Unorganisierten unterstützen zu können. Der größte Teil der Streikenden war aber bisher unorganisiert gewesen. Gab der Verband die gleiche Erklärung ab, dann war der Streit von vornherein in Frage gestellt. Der Streit aber war da, und weil der Verband die Forderungen der Streikenden und ihren Kampf als berechtigt anerkannte, übernahm er die Unterstützung für die Nichtorganisierten mit. Der Verband zählte also freiwillig, weil die beiden anderen sich dachten. Den Organisationen war es also nicht um den Streit selbst zu tun, sondern sie machten mit, weil sie mußten. Die Nachbattereien kamen dann auch später her und bezeichneten sich des Streikbrechens. Sie forderten hierzu auf und die Folge war, daß sich eine ganze Anzahl Streikbrecher auch fanden. Die "Hirsche" hielten sich, da ja die Existenz des Gewerksvereins im Waldenburg-Meßler vor der Haltung des Generals abhing.

Mag dem nun sein wie es wolle, es war in Mitteldeutschland der erste Verrat, den die Gewerksvereine auf dem Gewissen hatten, und es wird auch nicht ihr letzter Verrat sein bei uns wie in den Kämpfen der andern freien Gewerkschaften. Das ist die Frucht der Arbeiterersplitterung. Und da ist es kein Wunder, wenn Stimmen laut werden, Gewerksvereine, Rath, Hochabteilungen und — da die christlichen Gewerkschaften nach dieser Seite hin gleichfalls schon ein schmückiges Einvernehmen aufzuweisen haben, auch diese von vornherein als Streikbrecherorganisationen zu betrachten. Wir halten diese Ansicht selbstverständlich für falsch, hat doch auch der Verrat der "Hirsche" in Mitteldeutschland gezeigt, daß die Mitglieder nicht immer der Verrätersparole folgen. Und das ist gut so. Die Vorkommnisse in Mitteldeutschland, in Schlesien und anderswo sind gewiß Anlaß, recht wach zu bleiben. Widerholen Sie sich aber zu oft, dann werden den genannten Arbeitern um so eher die Augen aufzehen. Solche Handlungen können momentan schädigen, aber auf die Dauer verlieren solche Verrätersstückchen doch die Wirkung bei den Arbeitern. Vor allen Dingen mahnen sie zur Vorsicht. Mit obiger Schilderung glauben wir gezeigt zu haben, daß es auch den mitteldeutschen Braunkohlenbergleuten nicht leicht gemacht wurde, ihren Streit durchzuführen. Freuen wir uns, daß die arbeiterfeindlichen Pläne unserer Gegner, wie sie innerhalb und außerhalb der Arbeiterkreise gegen den Streit geschmiedet wurden, endgültig gescheitert gingen.

## 17. Internationaler Bergarbeiterkongress.

### II.

Am zweiten Tage führte Lamendin-Frankreich den Vorsitz, Ebert-Oesterreich und Hall-England waren Vizepräsidenten.

Nach Verlesung eines vom Unterstützungscomitee für die hinterbliebenen der Courrièresopfer eingelaufenen Dankesbriefes wird der Punkt: Frauenarbeit verhandelt. Deutscherseits wird beantragt, für Gesetze zu wirken, durch die die Beschäftigung weiblicher Arbeiter in der Bergwerksindustrie vollständig verboten wird. Danach Deutschland führt als Begründer aus, in seiner oberösterreichischen Heimat würden noch circa 12 000 Arbeitnehmerinnen in der Bergwerks- und Hüttenindustrie ausgenutzt. In ganz Deutschland seien in dieser Industrie noch circa 15—16 000 Arbeitnehmerinnen tätig. Die Unternehmer beschäftigten die Frauen wegen ihrer Billigkeit, um die Männerlöhne niedrig zu halten. Den weiblichen Arbeiterninnen würden Löhne von 0,80—1,20 Mark gegeben. Um den Arbeitern ein besseres Familieneben zu verschaffen, um den schwächlichen Arbeitern der weiblichen Arbeit vor der schweren Bergwerksarbeit zu schützen, sei diese Frauenbeschäftigung gelegentlich streng zu verbieten. Ein belgischer Delegierter unterstützte warm den deutschen Antrag. In Belgien seien immer noch einige Frauen unter Tage tätig, über Tage schafften viele Tausende für einen jämmerlichen Lohn. Auch die französischen, die englischen, die amerikanischen und die österreichischen Delegationen lassen ihre Zustimmung zu dem deutschen Antrag erkennen. Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Zum Punkt Kinderarbeit haben die Deutschen den Antrag geplatzt, es sei in allen Ländern jede Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in der Industrie zu verbieten; unter 16 Jahre dürfe kein jugendlicher Arbeiter unterirdisch beschäftigt werden. Remshagen-Deutschland empfiehlt diesen Antrag mit Rücksicht auf den Schutz, den jede Nation ihrem Nachwuchs angeideßen lassen müsse. In Deutschland würden Kinder unter 14 Jahren mit wenig Ausnahmen nicht in der Bergwerksindustrie beschäftigt, jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren seien aber zahlreich z. B. im Mansfelder Bezirk unterirdisch tätig. Die Arbeiterkinder hätten das Recht auf Lebensfreude wie die Sprösslinge der reichen Richter.

Lamendin-Frankreich ist mit dem deutschen Antrag einverstanden, aber die französische Bergarbeiterorganisation habe wegen der Courrièreskatastrophe und dem nachfolgenden Streit keine Zeit gehabt, auf ihrem letzten Nationalkongreß diese Frage zu erörtern. Deswegen enthielt sich die französische Delegation der Abstimmung. — Englischesseits wird erklärt, auch die Engländer sympathisierten mit dem deutschen Antrag, hätten aber kein Mandat für oder gegen zu stimmen; sie enthielten sich deshalb der Abstimmung. — Der belgische Delegierte befürwortete energisch den deutschen Antrag. In Belgien seien noch tausende Kinder von 12 Jahren an unterirdisch tätig. So wie die unterirdische Frauensubvention abgenommen habe, sei die Kinderarbeitsbeurteilung gestiegen. — Die österreichische und amerikanische Delegation sind mit dem deutschen Antrag einverstanden. — Der Antrag wird von den Amerikanern, Österreichern, Deutschen und Belgern angenommen, Engländer und Franzosen enthalten sich der Stimme.

Von den Belgern wurde beantragt: erstens die Einführung von zwei jährlichen 15-tägigen Urlaubsperioden für die Bergleute, zweitens: jährlich am ersten Montag im Mai eine internationale Demonstration aller Bergleute für ihre Forderungen zu veranstalten. Zum ersten Antrag sprechen sich alle Redner sympathisch aus, er sei aber für's erste nicht zu verwirklichen. Ganz gewiß brauchten die schwierigsten Bergleute einer jährlichen Erholungsurlaub nötiger, wie die meisten Herrichten, die jetzt in der Sommerfrische weilten.

Schäfe-Deutschland rief darauf hin, daß in Deutschland eine Anzahl Unternehmer, vornehmlich im Eisenhüttengewerbe, ihren Arbeitern einen jährlichen Urlaub von 8—10 Tagen mit Lohnfortbezug bewilligen, ebenso eine Anzahl Stadtverwaltungen. Das richtige Mittel, welche Vorteile zu erreichen, sei eine starke Organisation. Zum zweiten Antrag erklärten Schäfe-Deutschland und Eingr.-Oesterreich, es bestehne ja ein internationaler Kongressbeschluß, der den 1. Mai als Demonstrationszug für die Arbeiterforderungen bestimmt. Diese Maßstabe müsse erst durchgeführt sein, bevor an weitere Demonstrationstage gedacht werden könne.

Nach längerer Erörterung ziehen die Belgier ihre beiden Anträge zurück.

Zum Punkt: Gesetzlicher Achtstundentag haben die englische Miners Federation, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und die Franzosen Anträge gestellt, die sowohl eine gesetzliche Beschränkung der Schichtzeit auf acht Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt beinhalteten. Harvey-England begründet den englischen Antrag. Der Achtstundentag sei eine der vorrangigen Kulturforderungen. Wenn

auch in England immer noch einige Bergarbeitervertreter (Durham und Northumberland) gegen das Achtstundengesetz seien, deren Ansichten würden und müßten sich auch ändern.

Wagner-Deutschland führt aus, er wolle nicht wiederholen, was schon alles zur Begründung des Achtstundentages gefragt und geschrieben sei. Genug, es sei eine sehr alte und berechtigte Arbeiterforderung. In Deutschland bestehet die reine Achtstundenschicht noch nicht, es wurde 81, bis 12 Stunden gearbeitet. Hierzu kämen ungemein viel Überstunden. Manche Arbeiter verfüren über 40 Schichten im Monat (Hört, hört), das neue preußische Berggesetz sei verhunzt worden vom Dreiklassenparlament. Trotzdem hätten voriges Jahr bekannte Arbeitgeber (gemeint sind Gewerksvereine, D. Red.) gefragt, das Gesetz bleibe den Arbeitern Vorteile. Über schon heute sei einer der bekannten von den Belobigern des Bergungsgesetzes dahin gekommen, zu schreiben: "Die schlimmsten Verhüttungen sind eingetroffen!" (Gemeint ist Effert, D. Red.) Wenn diese Einsicht den ersten Schritt zur Besserung bedeutet, so könnte das uns nur recht sein. Redner bittet um einstimmige Annahme des deutschen Antrages.

Ein französischer Delegierter sagt, sie hätten ein Gesetz, welches bis 1908 die Achtstundenschicht in ihren Gruben durchführen sollte. Über das Gesetz sei sehr mangelhaft, es könnte viel umgangen werden. Deswegen wollten sie ein präziseres Gesetz.

Ein belgischer Delegierter sagt, sie hätten ein Gesetz, welches bis 1908 die Achtstundenschicht in ihren Gruben durchführen sollte. Über das Gesetz sei sehr mangelhaft, es könnte viel umgangen werden. Deswegen wollten sie ein präziseres Gesetz.

Ein belgischer Delegierter sagt, bei ihnen herrsche die längste

Arbeitszeit, das Parlament, in welchem die Liberalen (Centrumspartei) die Herrschaft haben, weigere sich, den Wünschen der Bergarbeiter nachzuhören. In Belgien verstände man unter Arbeiterfreiheit die Freiheit der Arbeiter, sich im Dienste des Kapitals möglichst schnell kaput zu arbeiten.

Withe-Amerika teilte mit, einige nordamerikanische Staaten hätten ein Achtstundengesetz für den Bergbau, jedoch würde es nur dort eingehalten, wo die Bergarbeiterorganisation dafür sorge. Zu verlangen sei ein strenges Achtstundengesetz für alle Staaten.

Der Vertreter von Northumberland (engl. District) erklärt, seine Gruppe würde sich der Abstimmung enthalten. Die Vertreter von Durham (engl. District) sagen, sie stimmten gegen den Antrag. Auf die Frage weshalb, gibt der Durhamer Vertreter Johnson die Auskunft, bei ihnen besthehe schon die 81, bis 8-Stundenschicht. Durch weitere Fragen wurde aber festgestellt, daß in jenem District die jugendlichen Arbeiter noch 20 Stunden arbeiten müssen. (Viele Pflichten).

Effert (Gewerksverein) erklärt, er und seine Mitdelegierten würden dem Antrag des Bergarbeiterverbandes zustimmen.

Ebert-Oesterreich teilte mit, bei ihnen existiere die gesetzliche Neunstundenschicht nur für die Kohlenbergwerke, würde aber vielfach nicht eingehalten. In anderen Bergwerken kämen zehn- bis vierzehnstündige Schichten vor.

Bei der Abstimmung stimmten sämtliche Delegierte, mit Ausnahme der Durhamer (Northumberländer enthalten sich) für die Achtstundengesetze.

Am dritten Tage präsidiert Schäfe-Deutschland; Vizepräsidenten sind Callivaert-Belgien und Harvey-England.

Zum Punkt Minimallohn beantragen die Engländer, der Kongreß müßt sich prinzipiell für die Festsetzung eines Minimallohns erklären.

London-England führt dazu aus, seit 1890 mache die Festsetzung eines Minimallohnes in England stets Fortschritte. Die Festsetzung erfolgt durch Verträge, die zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer abgeschlossen werden. Als Grundlohn wird der 1888 gezahlte Lohn angenommen, zu diesem Lohn werden prozentuale Anschläge vereinbart. Zur Zeit stände der Minimallohn in Wales 80 Prozent höher als der Grundlohn von 1888, in Mittelengland betrage der Anschlag 35 Prozent, in Schottland 87 Prozent. Durch dieses Lohnsystem hätten die Arbeiter 120 Mark Mehrlohn erzielt in einem Jahre. 600 000 englische Bergarbeiter arbeiten unter dem Minimallohnssystem. (Der Durchschnittslohn für ganz England wurde später von Edwards auf etwas über 6 Mark angegeben.) Der Arbeiter habe ein unveräußerliches Recht auf ein anständiges Einkommen.)

Frankreich begründet den Antrag, der die Festsetzung von auskömmlichen Minimallöhnen durch Abschluß von Tarifverträgen vorschlägt. In Deutschland betrage der Gesamt-

durchschnittslohn noch nicht 4 Mark. Wochenlöhne von 12—16 Mark würden in vielen Bezirken gezahlt. Ein auskömmlicher Minimallohn sei unbedingt notwendig, um die Arbeiter vor Verelendung zu schützen. Diese Ausführungen führen zu einer Reihe Fragen an die deutsche Delegation über das Lohnsystem in ihrer Heimat.

Götter-Deutschland erklärt, das Lohnsystem sei vorherrschend.

Eigentlich sei der Arbeiter auf die Gnade des Beamten angewiesen. Vor einer und derselben Arbeit würden 2 Mark und 8—9 Mark ausgezahlt, je nachdem der Steiger die Leute hasse oder begünftige. Häufig müßten die schwersten Arbeiten für den schlechtesten Lohn geleistet werden.

Brockhaus-Deutschland führt noch aus, durch die niedrigen und sehr unregelmäßigen Löhne würden die Armutsetats der Gemeinden schwer belastet. Es sei ein Skandal, wie rücksichtslos oft fleißige Arbeiter behandelt würden.

Ebert-Oesterreich teilt mit, in seiner Heimat könne man keinen garantiierten Minimallohn. Nach dem Streit 1900 wären die Schenkensche Löhne sehr erhöht worden; aber den Arbeitern zahle man wahre Hungerlöhne, oft nur 2 Kronen (1,70 M.) pro Tag.

Von den Franzosen wird beantragt, der Minimallohn solle gesetzlich eingeführt werden. Nach längerer Erörterung ändern die Franzosen ihren Antrag im Sinne des deutschen um. Ihre Zustimmung erkläre auch die belgischen und amerikanischen Vertreter. — Die englisch-deutschen Anträge werden hierauf einstimmig angenommen.

Eine längere Debatte entsteht ein von der Geschäftskommission vereinbarter, von der amerikanischen Delegation angelegter Antrag, der eine internationale Überweisungskarte für auswandernde Mitglieder verlangt. Der Antrag besagt:

Das internationale Bergarbeiterkomitee hat eine Überweisungskarte in den drei Kongreßjahren (deutsch, englisch und französisch) abzufassen. Diese Karte soll zur Verbesserung den Organisationen zugestellt werden. Ein Exemplar dieser Karte wird auswandernden Mitgliedern ausgehändigt. Wer im Besitz einer solchen Karte ist, braucht in der Organisation seines neuen Arbeitslandes kein Eintrittsgeld zu zahlen. Indessen erhalten nur jüngliche Mitglieder eine Überweisungskarte, die mindestens zwölf Monate ihrer Organisation angehören. Sobald sind nur solche Organisationen oder Nationalitätengruppen zur Ausstellung einer internationalen Überweisungskarte berechtigt, welche mindestens zwei Jahre dem internationalen Bergarbeiterkomitee angehören sind.

Nichols-Amerika bittet um Annahme dieses Antrages. Er soll die internationale Organisation fördern und die Bergleute zu treuen Organisationenmitgliedern erziehen. Wer Vorteile genießen wolle, müsse auch Pflichten übernehmen.

Effert-Gewerksverein (Deutschland) sagt, er stimme gegen den amerikanischen Antrag. Durch den amerikanischen Antrag würde dem Gewerksverein das Recht genommen, internationale Überweisungskarten auszustellen. Der Antrag verlange die zweijährige Mitgliedschaft der Organisation zum Internationalen Komitee. Der Gewerksverein sei aber dies Jahr zum ersten Mal auf dem Kongreß vertreten und müsse deshalb das Recht verlangen, gleichberechtigt mit den anderen hier vertretenen Organisationen handeln zu können.

Schäfe erwähnt, er verleihe Essert nicht. Jede Organisation verlange von ihren Mitgliedern eine gewisse Karentzeit (Wartzeit), erst nach Ablauf dieser Zeit trete das Mitglied in die vollen Rechte ein. Der Gewerksverein schreibe in seinem Statut ja auch die Bezug der Unterstützungen eine längere Wartzeit vor. Das ist die Wartzeit des amerikanischen Antrags. Der Gewerksverein habe das Recht gehabt, schon vor Jahren eine Vertretung zum internationalen Kongreß zu senden, es ist aber nicht geschehen. Die anderen Organisationen haben die großen Kosten der internationalen Kongresse schon seit 18 Jahren auf sich genommen, sie handelten deshalb nur gerecht, wenn sie sagten: Wer Vorteile haben will, muß zuerst Opfer bringen. Darin liege absolut keine Ungerechtigkeit. Außerdem sei schon von uns beim Kongreßbeginn gesagt worden, daß wir erst einmal sehen wollen bis zum nächsten Kongreß, ob die Gewerksvereinsdelegation im Sinne der internationalen Kongressbeschlüsse handele. Wenn man internationale Solidarität gegen die hier vertretenen Kameraden über wolle, dann dürfe man keinen Streikbrecher-Gottot freundlich aussuchen, auch dürfe man keine Streikbrecher in Ehrenmänner wählen. (Gebliebener Befall.) Will die Gewerksvereinsvertretung die Vorteile der internationalen Bergarbeiterbewegung genießen, dann hat sie es allein in der Hand. Sie mag die späteren Kongresse bestimmen und solidarisch mit allen Bergarbeiterorganisationen zusammenarbeiten. Wir werden dem amerikanischen Antrag zustimmen. (Gebliebener Befall.)

Die französischen und belgischen Redner verlangen ebenfalls, erst müssen Opfer gebracht werden für die internationale Bergarbeiterbewegung, bevor die Vorteile zuerkannt werden.

Smilien-England sagt, sie würden für den amerikanischen Antrag stimmen. Dasselbe sagt Eingr.-Oesterreich.

Vor der Abstimmung erklärt Effert, vom Gewerksvereinsvorstand sei der Vicedektor Murup nicht zu dem Streikbrecher-Gottot gekommen worden. Der Gewerksvereinsvorstand habe Murup wegen seines Besuches der "gelben Gewerkschaft" (Streikbrecherorganisation) scharfs gerügt. Sie seien Feinde der "gelben Gewerkschaft".

Der amerikanische Antrag wird von allen Delegierten angenommen; die drei Gewerksvereinler stimmen natürlich dagegen. Die Folge dieses Beschlusses ist, daß der Gewerksverein nicht berechtigt ist, vor Ablauf von zwei Jahren internationale Überweisungskarten auszustellen. Über auch nur dann kann er nach Ablauf von zwei Jahren internationale Überweisungskarten ausstellen, wenn er während dieser Zeit dem internationalen Komitee angeschlossen ist und die Kongreße besticht. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands ist bis dahin die einzige deutsche Bergarbeiterorganisation, die berechtigt ist, Überweisungskarten auszustellen.

Um vierten Verhandlungstage fungierten als Präsident der amerikanische Delegierte Withé, als Vizepräsident Eingr.-Oesterreich und von den Franzosen der Delegierte Jonquier.

Als erster Punkt stand die Alters- und Invaliden-Versorgung zur Beratung. Die Franzosen und Belgier hatten beantragt, daß alle alten Grubenarbeiter eine Pension erhalten sollen, die es ihnen ermöglicht, bequem zu leben.

Jonquier-Franzreich begründet den Antrag der Franzosen. Die Sozialisten hätten in der französischen Kammer Anträge gestellt, daß der Staat eine Million Mark jährlich für die invaliden Arbeiter zur Verfügung stellen soll, der erforderliche andere Teil soll durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter aufgebracht werden. Die bisherige Versorgung der alten Arbeiter sei eine erbärmlich niedrige, oder es geschehe auch vielfach gar nichts. Das pensionsberechtigende Alter müsse für die Bergarbeiter von 55 auf 50 Jahre herabgesetzt werden.

Der belgische Delegierte Evertschaon begründet den Antrag der Belgier, welcher die Pension bei einem Alter von 50 Jahren verlangt. Den Einwand, daß für die anderen Länder ein Alter von 50 Jahren zu hoch sei, erkenne er an. Ihr Antrag solle auch nur für ihr in dieser Beziehung so rückständiges Land gelten. Sie hätten im belgischen Parlament den Antrag auf bessere Versorgung im Alter schon dreimal gestellt, aber die Klerikale Mehrheit stimmte diese Anträge stets nieder und erklärte mit der Regierung, dazu sei kein Geld da, aber zu Kriegsrüstungen sei genug vorhanden. Sie hätten allerdings ein Gesetz, aber das bietet den arbeitsunfähigen alten Arbeitern nur 50 Pf. pro Tag, falls er über 50 Jahre alt ist.

Der Präsident macht den Vorschlag, die Anträge ohne Debatte anzunehmen, um heute mit den Verhandlungen fertig werden zu können. Nachdem die Belgier nochmals ausdrücklich erklärt hatten, daß das 50jährige Alter nur für Belgien gelten soll, wurden beide Anträge einstimmig angenommen.

Da die Punkte 16 und 17 der Tagesordnung, welche die Regelung der internationalen Kohlenproduktion eventuell durch internationale Streiks geregelt wissen wollen, mit den Punkten 20, 21 und 23 in geheimer Sitzung erledigt werden sollen, wird zunächst Punkt 18 erledigt. Es ist das ein Antrag, der die Verstaatlichung der Gruben zum Vorteile des Volkes verlangt. Er wird von Marowall begründet. Die unterirdischen Schätze seien Eigentum des ganzen Volkes, nicht Eigentum des Einzelnen, daher sei es auch ein Unrecht, daß dieses Volkseigentum andern zur Ausbeutung überlassen werde.

Schäffer von den deutschen Delegierten unterstützt kurz den Antrag und stellt dabei die Bedingung, daß der Verstaatlichung nur zugestimmt werden darf, wenn das vollständig freie Organisationsrecht der Arbeiter garantiert werde.

Effert, von christlichen Gewerksverein, gibt die Erklärung ab, daß sie sich der Abstimmung enthalten, weil der Staat sich bisher nicht als guter Arbeitgeber erwiesen habe.

Der Antrag wird dann mit allen gegen die drei christlichen Stimmen und die der Amerikaner angenommen. Die Amerikaner enthielten sich, weil ihre Organisation noch nicht Stellung hierzu nahm.

Der Antrag 19 betrifft das Unfallversicherungswesen. Die Deutschen beantragen, die Arbeiterversicherung so auszubauen, daß den Erwerbsunfähigen und den Hinterbliebenen der verstorbenen Arbeiter eine auskömmliche Rente gelegentlich gesichert werde.

reicher abgelehnt. Die Kosten des internationalen Sekretariats wurden nach dem Verhältnis der Mitgliederzahlen auf die Nationen verteilt.

Dann wurden die Wahlen vollzogen und folgende Personen gewählt:

Als internationaler Sekretär Mr. Ashton, als Schatzkretär Mr. Abraham, als nationale Sekretäre: Hue, Ebert, Vamendin, Marovall, Wilson.

Zum internationalen Komitee wurden gewählt für Deutschland: Hue, Sachse, Schröder; für Österreich Ebert, Giner; für Frankreich Lamendin, Berant, Goujot; für Belgien Cobot, Gallavat, Marovall; für England Edwards, Abraham, Wilson; Amerika verzichtete wegen zu großer Entfernung.

Darauf wurde der schön verlaufene Kongress geschlossen.

## Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Besicherung.

### Versammlungsrecht, preußische Versammlung und Verfassungsverordnung.

(Kammergericht.)

Eine öffentliche Bergarbeiterversammlung, die von dem Kameraden Chorhan am Sonntag den 26. November 1906, mittags 12 Uhr, nach Bataill einberufen und um 12<sup>½</sup> Uhr eröffnet worden war, wurde abholz von dem überwachenden Beamten aufgelöst. Chorhan erhielt eine Ullage wegen Übertretung der Oberpräsidialverordnung vom 24. Juni 1897 (Gesetz 7. Juli 1898), betreffend die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage. Die Verordnung verbietet an Sonn- und Feiertagen die Abhaltung öffentlicher, nicht gottesdienstlichen, Broderie dienender Versammlungen, erstmals während der Zeit des Hochzeitgottesdienstes und gestattet zweitens in den Orten, wo Nachmittagsgottesdienst stattfindet, solche Versammlungen überhaupt erst nach Beendigung des Nachmittagsgottesdienstes. In Baulau ist nun die Zeit des Nachmittagsgottesdienstes von 2<sup>½</sup> bis 3<sup>½</sup> Uhr. Das Landgericht Baudum als Berufungsinstanz verurteilte den Angeklagten wegen Übertretung seiner Wortschrift der Versammlungsverordnung zu einer Geldstrafe, indem es die Bestrafung für rechtsgültig erachtete.

Angeklagter legte Rechtsanwalt Dr. Behrend mächtig in der Verhandlung vor dem Kammergericht für ihn geltend, daß es sich hier um eine unzulässige Einwendung des Verfassungsgemäß gewohnten Versammlungsrechts handele. Aber selbst wenn man, was er befürchte, eine gewisse Regelung auch des Versammlungswesens hinreichlich der äußeren Heiligkeit für zulässig erachtet würde, glinge die Wortschrift, um die es sich hier handelt, weit darüber hinaus. Es wäre garnicht einzusehen, weshalb nicht öffentliche Versammlungen dann wenigstens in der Zeit vor dem Nachmittagsgottesdienst, wo kein Gottesdienst stattfinden dürften, Versammlungen irgendwelcher Art, die nicht während des Gottesdienstes stattfinden, könnten doch nicht die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage fören. Lebrigens wisse ich der, der nicht in die Versammlung hinkomme, garnicht, daß da oder dort in den geschlossenen Räumen eine Versammlung stattfinde.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verworf jedoch die Revision des Angeklagten mit folgender Begründung: Die vorliegende Streitfrage sei vom Kammergericht vor mehreren Jahren in dem Sinne beantwortet worden, der den Ausführungen der Revision entspreche. (Band 22 der Entscheidungen.) Seither sei aber die Rechtsprechung des Kammergerichts vom Ober-Verwaltungsgericht lebhaft bekämpft worden und das Kammergericht selbst habe sie erheblich modifiziert. Es kann sein Urteil im 22. Band nicht mehr aufrecht erhalten. Artikel 29 der preußischen Verfassung enthalte allerdings die allgemeine Bestimmung, daß die Preußen sich friedlich versammeln dürfen, und überlasse das weitere einem besonderen Gesetz, dem Gesetz von 1850, dem Vereins- und Verfassungsgesetz. Das Vereinsgesetz wolle nun durchaus nicht für Vereine und Versammlungen ein besonderes Privilegium sein; es neume sich selber eine Verordnung zur Verhütung eines Mißbrauchs des gesetzlichen Vereins- und Verfassungsgesetzes. Die Verfassung sage nichts darüber, daß zu jeder Zeit an jedem Ort Versammlungen zu lässig sein müßten. Es sei ja auch allgemein anerkannt, daß Versammlungen gewöhnliche Beschränkungen unterliegen, zum Beispiel der Polizeistunde für das Lokal, oder auch solchen Beschränkungen, die sich aus der Beschaffenheit des Lokals ergäben (Bauvollmacht etc.). Zeit und Ort wären hier schon ausgenommen, ohne daß Artikel 29 der Verfassung verletzt wäre. Solche Bestimmungen, die ganz allgemein gelten und sich nicht speziell gegen Versammlungen richten, könnten auch auf Versammlungen angewendet werden. Nun bestimme die hier angemeldete Verordnung, daß in Orten, wo ein Nachmittagsgottesdienst stattfinde, öffentliche Versammlungen Sonntags nicht vor Beendigung dieses Gottesdienstes stattfinden dürfen. Diese Wortschrift, erlassen im Interesse der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage, finde ihre rechtliche Stütze in der Kabinettsordnung vom 7. Februar 1887 (bez. Gesetz vom 8. Mai 1892 in den neuen Provinzen). Die Verfassung und das Vereinsgesetz ändere daran nichts. Wenn gelagt worden sei, daß vor dem Nachmittagsgottesdienst eine gottesdienstliche Zeit sei, so sei zu erwidern, daß die Polizei auch Maßnahmen für die Zeit vor dem Gottesdienst treffen könne, um Störungen der äußeren Heiligkeit vorzubeugen. Sie kann die Erwägung berücksichtigen, daß früher beginnende Versammlungen bis in die Zeit des Gottesdienstes hinein dauerten, daß die Teilnehmer dann lebhaft debattierten den Weg der Kirchenbesucher gingen, und diese in ihren Gefühlen verlegten, daß dies ferner im erhöhten Maße geschehe, wenn eine Versammlung aufgelöst werden müsse und die Leute erregt seien. Usf. usf. Die Verordnung sei somit gültig und die Revision zu verwiesen.

Genußvolle Herzte. In der „Hamburger Arbeiter-Korrespondenz“ stand folgendes zu lesen und die Redaktion dieses Organs hält es „im Kasten für sehr berechtigt“:

Mann endlich macht sich die deutsche Arzteschaft, vom berühmten Professor herab bis zum jungen Arzt, frei von jener nach Morderziehenden Wahnidee, daß wir berufen seien, das Volk vor Krankheit, Elend, Armut, Sichtunt zu schützen!

Was geht uns Herzte es an, wenn Mütter nicht mehr stillen, Säuglinge von ihren vergnügungslustigen Babenlüttern — der oberen und der unteren Volkschichten — vernachlässigt werden, junge Mädchen und Männer durch Alkohol- und Geschlechtergerüste sich vorzeitig ruiniieren, Erwachsene durch Schlemmen im Essen und Trinken allzu früh Arteriosklerose bekommen! Es ist ja allerding heute modern, in Wohltätigkeit und allgemeiner Nachsicht liebt zu „machen“, und die Etikette muß auch bestiedigt werden. Es ist doch ja schön, oben auf erhöhtem Podium in professoralem Tonfall populär-wissenschaftliche Vorträge abzulesen, während zu Fuß eine andächtig lauschende Menge, deren Sachkenntnis durch nichts getrübt ist, sitzt und am Schlusse Beifall klatscht, dieselbe Menge, welche morgen vielleicht den Ausführungen eines Kurpfuskers ebensoviel Aufmerksamkeit und Glauben schenkt.“

Auf diese unglaubliche Aussage erwiderte in der nächsten Nummer der genannten Zeitschrift Dr. Fürst in schärfster Form, indem er u. a. schreibt:

Mit einem Urteil aus dessen Brust sich derartige Geständnisse loszunehmen, in einer Diskussion über die allgemeinen ärztlichen Pflichten einzutreten, scheint aussichtslos... Bei einer Schriftleitung, die den Druck nicht hat verhindern können und die sich im großen und ganzen mit dem Geiste dieser Aussprüche einverstanden erklärt, können die Hamburger Herzte kein Vertrauen mehr haben.“

Darauf antwortete der Redakteur Dr. Schröter in aller Gemütsruhe nach einem Zettel auf die gute alte Zeit, wo die „vornehme“ Jurisdicition des Arztes Tradition war, die sich heute leider nicht mehr durchführen läßt:

„Wer geht man nun nicht in der Auflösung zu weit? Wirst sich nicht allmählich mit zwingender Gewalt die Frage auf, ob dem praktischen Arzt mit der immer weiter schreitenden Auflösung des Publikums überhaupt geboten ist? Das der Staat, die Gemeinden usw. kurz alle diejenigen, die als Wächter für die Gesundheit des Volkes bestellt sind, in dieser Beziehung so weit gehen, wie irgend möglich, ist ja selbstverständlich; sie haben ja auch das größte Interesse daran. Die Herzte sind aber noch keine Staatsbeamten, sie werden von niemand dafür bezahlt, daß sie Krankheiten verhüten, sondern nur für die Behandlung von Krankheiten. Ein hochangeschickter Kollege, der aus seiner amtlichen Tätigkeit her besonders orientiert ist, sieht uns einmal auseinander, daß allein durch die Verbesserung

der Morbidität (Sterblichkeitsverhältnisse. D. Red.) in Hamburg seit den letzten 10 bis 12 Jahren dem einzelnen Arzt pro Kopf und Jahr mindestens hundert Krankheitsfälle entgangen, was bei einem gewöhnlich berechneten Durchschnitt von 20 M. pro Fall allein einen Ausfall von 2000 Mark pro Jahr bedeutet würde. Und dies neben der Einrichtung der Krankenkassen, dem Aus- und Neubau der Krankenhäuser, der Bauschule des Spezialisten usw.“

Das sind wirklich vornehme Ausschüsse über die Bedeutung ihres Berufs, die in diesen Werken lebendig sind. Es schlechter der Gesundheitszustand ist, desto mehr verbieten wir. Also nicht zu viel fragen! Wenn diese Gemütsmenschen ihre Gedanken konsequent weiter führen, müssen sie zur Verurteilung aller vorliegenden Maßnahmen kommen. Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Tuberkulosenbekämpfung. Impfung usw., alles müssen sie eigentlich ablehnen. Nicht das die Menschheit gesund wird, sondern das sie frisch bleibt, das ist das Ideal dieser Herzte, die ihre Hauptaufgabe im Geldverdienen sehen.

## Nachrichten aus der Montanindustrie.

Der Kohlenverband aus dem Ruhrgebiet war im vorigen Monat außerordentlich stot. Die Zahl der gestellten Wagen erreichte die höchste überhaupt je dagewesene Höhe, nämlich 547 410.

Unternehmergegenwände. Der Aufsichtsrat der Hamburger Braunkohlen-Viktengesellschaft in Raumburg a. S. beschloß für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1905/6 die Verteilung von 12 Prozent Dividende vorgeschlagen (im Vorjahr 11 Proz.). Die „Frömmigkeit“ hat sich auf dem Raumburger Werk reichlich verdient gemacht. Daß die Dividenden nicht noch höher ausfallen, lag wohl daran, daß die Grube immer noch mit mehreren Dutzend „unchristlichen“ Bergarbeitern besetzt war. Nun hat ja der Direktor von „Raumburg“ auch diese beim letzten Streit zum großen Teil nicht mehr eingestellt und gilt die Grube bis auf weiteres als „rein“. Der Himmel wird's reichlich lohnen. Die Belegschaft hatte im Monat April eine Betriebsausbeute von 159 748,67 Mark; Belegschaftsverlust erzielte im gleichen Monat einen Überbruch von 80 813,76 Mark. Von Belegschaftsverlust in Hohlungshäuser wird berichtet, daß sich für das Jahr 1905 ein Bruttobetrieb von 240 584,28 Mark ergeben hat. Der Überbruch hätte höher sein können, wenn nicht der Mühlkreis dazwischen kam, doch hat man die feste Zuversicht, daß der nächste Geschäftsbefehl glücklicher Bergarbeiter besetzt wird. Hierzu beitreten werden auch die vom 1. April ab durchgeführten Preisabschreibungen. Ob die Arbeiter dieselben glücklichen Aussichten für sich haben, wird im Geschäftsbericht nicht gesagt. Nach Abzug von 195 542,15 M. Abschreibungen verbleibt laut Geschäftsbericht für das Jahr 1905 dem Norden und Braunkohlenwerke in Freiburg ein Nettogewinn von 115 451,57 Mark. Die Gewerkschaft Joachimsthal, Kastwerk, erzielte 1905 einen Nettoüberschuss von 618 871,90 Mark und die Gedingschütte, Aufkonzessionen und Kloßwerke zu Stettin gibt an, daß sich ein Stohlüberschuss von 703 890 Mark für das letzte Berichtsjahr ergab.

## Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Der „Bergknappe“ und der internationale Kongress. Erst schien es, als wenn die Zentrumspressen nichts, aber auch garnichts von einer Delegation christlicher Bergarbeiter zum internationalen Kongress in London wüssten. Auch dann, als die Mitteilung hieron von den übrigen Zeitungen in die Öffentlichkeit losgesetzt wurde, lag die Zentrale Presse immer noch in Markie. Hier war etwas passiert und doch konnte man nicht wissen, was. Wir sind zu wenig neugierig, den christlich-dezentralistischen Zeitgeschichten auf den Grund zu kommen, sondern wir freuen uns, daß die „Fronten“ und „Guten“ ihre Sprache wieder gefunden haben. Nicht wie rohland Mitter Toni Lutzko seine Mosinante sattelte, um Abenteuer zu beginnen, nein, was von Altenstein aus vorgetragen wurde, war eine wohlüberlegte Fahrt tapferen Kaufmanns, war nichts weiter als ein taktischer Schachzug, der die christliche Delegation, mit Rücken und Thore reichlich beladen, den heimatlichen Penaten zurückzuführen sollte. Und dann brach das Eis. Die fronte Presse wurde nachträglich mit Ursache und Wirkung des Abenteuers in London beleuchtet gemacht. Und als sich die alte Färbung zeigte, die Delegaten sich als unverbrechen erwiesen, da kam Beben in die Bude. Keine liebvolle Mutter wird ihrem durchgebrannten Böbling grau sein, lehrt er bald und gebessert zurück. Dazu ist da drüben im ultramontanen Lager die Familie zu sein. So bald wiezt man sich hier gegen seitig nichts vor, kurz und gut, die Delegaten sind unverbrechen zurückgekehrt. Man lese nur den Artikel des „Bergknappen“ über den internationalen Kongress, wie auch die „Beruhigungserklärungen“ in der „Münchener Volkszeitung“ und der übrigen ultramontanen Presse. Hier nehmen z. B. die Delegaten selbst das Wort. Damit die Tapferen von vorne herein nicht den Anschluß erwischen, als rückt sie über, wird aufgetragen, was nur die Balzen halten kann. Das ist der alte Ritter Falstaffsche Kniff. „Du kennst meine alte Parade: so lag ich und saßte, ich meine Alting.“ Und dann detailiert man das Geschichtchen von den elf Männer. Was war der Schluss? Nichts blieb übrig, als der dicke, alte prahlende Eel Falstaff! Ihn freute die eigene Phantasie. Was ist nun geschehen? Nichts mehr und nichts weiter, als daß der christliche Gewerksverein aus irgend einem Grunde, sich auf den Bergarbeiterkongress in London zu vertreten ließ. Siekt etwa der Gewerksverein als Grund für die Besichtigung des Kongresses angeben, daß er sich überzeugt hat von dem internationalen Charakter der Bergarbeiterbewegung; will der Gewerksverein ohne Aufgabe der „nationalen“ Bergarbeiter interessen die Interessen der Bergarbeiter auch anderer Länder mit wahren und fördern, so tut er nichts mehr, als was notwendig ist. Es kommt nur darauf an, ob man es ehrlich meint. Wenn ja, dann sollte man den Geist der internationalen Solidarität auch im „Bergknappen“ wie in den übrigen Zentralorganen zum Ausdruck bringen. Dann bedarf es kein Reinevauch, keiner Verteidigung, aber auch keiner Angriffe, um allzuvielen Ungefehr, die jeder Begründung entbehren. Beim Lesen des Artikels im „Bergknappen“ aber hat man gleich im Anfang das Gefühl, als fehle die Ehrlichkeit. Und wenn man sich obendrein noch gebebet, als sei der ganze Kongress vom Geiste der drei Delegaten erfüllt gewesen, so erkennt uns das an den „tanzenen Blitzen“. Was soll das heißen — wenn angeführt wird, die „Geroßen“ hätten beim Anblick der christlichen Delegation die Maulspalte bekommen, hätten ausgesiehen, wie die Fische, die nach Luft schnappen. Es sei schrecklich, daß die armen Verbündeten nicht einmal mehr in England vor ihren Konkurrenten geschlagen sind usw. usw. Selbstverständlich geben wir zu, daß die Verbündeten erstaunt sein könnten. Hatte man doch im Gewerksverein bisher Einschauungen über internationale Kongresse zutage gefördert, die sicherlich eine Besichtigung des Kongresses durch den Gewerksverein nicht vermuten ließen. Weil die Verbündeten bisher die internationalen Kongresse besichtigt, machen die „Christlichen“ dagegen Front, gründeten sie sich ihren Gewerksverein und unterliegen nichts, um die Besichtigungen dieser Kongresse oft aufzumunzigst zu bekämpfen. Auf dem siebengehenden Kongress ist der Gewerksverein selbst vertreten und heißt gut, was der Gewerksverein vor früher bekämpfte. Aber das ist ja garnichts neues; der Gewerksverein hat schon vieles andere in gleicher Weise bekämpft und tatsächlich zu dem Ergebnis, daß das, was er bisher für falsch gehalten, doch richtig war. Dessen braucht sich niemand zu schämen. Für uns kommt es auch heute darauf an, daß alles, was man im Gewerksverein unternimmt, dem Geist der internationalen Solidarität und Kameradschaftlichkeit entspricht. Uns kann es nicht gleichgültig sein, Woche für Woche im Verbundsbogen gegen die Organe des Gewerksvereins einen unseligen Kampf führen zu müssen. Arbeit gibt es für beide Seiten anstrengend genug. Aber dann mache man eins und befreie sich von den Elementen, denen die Einigkeit der Bergarbeiter ein Greuel ist. Von diesen Anstrengungen, hätte der „Bergknappe“, hätten die Delegierten ihre Berichterstattung einrichten können. Wir stellen nun folgendes fest. Der Bergarbeiterverband kann nur wünschen, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sich an den internationalen Kongressen beteiligt. Schon durch die jetzige Beteiligung verschwand ein altes Vorurteil gegen die Verbundeskraft und ein weiterer Differenzpunkt zwischen Bergarbeiter und Gewerksverein ist beseitigt. Wenn Effert sich gut erinnert, wird er herausfinden, daß Kamerad Hue u. i. persönlich gegenüber den Wünschen ausgesprochen hat, der Gewerksverein möge eine Besichtigung des internationalen Kongresses vornehmen. Warum also die blutrünstige Phantasie des „Bergknappen“ über den „kleinen Anfall“ der Verbündeten in London. Der Wahnsinn entspricht auch nicht, was der „Bergknappe“ über die Neuherierung Hues über die fernere Besichtigung des Kongresses schreibt. Hue sagte: „Mögen die Gewerksvereinsdelegierten an den Kongressberatungen teilnehmen, mögen sie aber auch bis zum nächsten Kongress den Beweis liefern, daß sie ehrlich gewillt sind solidarisch mit den Bergarbeitern, der Gewerkschaft und dem Gewerksverein.“ Und was legt der „Bergknappe“ den Ausführungen Hues unter? Er legt Hues folgendes tegen: „Wenn der Kongress ist — die christlichen Delegierten — aber daran, so müssen wir uns vorbehalten, ob wir sie den nächsten Kongress annehmen können, wir müssen uns überlegen, ob wir, wenn sie zugelassen werden, in Zukunft noch an den Kongressen teilnehmen können; das hängt davon ab, ob sie im Sinne der internationalen Kongressbeschlüsse arbeiten. So der „Bergknappe“. Doch die spätere Zustellung des christlichen Gewerksvereins von ihrer Handlungweise internationalen Beschlüssen gegenüber abhängt, wird ja schließlich nicht bestimmt werden können. Das wir aber unsere Teilnahme an den Kongressen von der Haltung des Gewerksvereins abhängen kann, kann mir ein kranker Gehirn ersinnen. Nicht wir sondern der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat die Probe abzulegen, ob er es mit der internationalen Solidarität ehrliegt, wenn nicht, dann wird der spätere Kongress dem Gewerksverein die ihm gehörige Antwort schenken. Das wollen wir hier feststellen und der Gewerksverein wird sich danach zu richten haben. Neuerlich ist der Einwand des „Bergknappen“ bei der Stellungnahme der christlichen Delegierten zu der Resolution, wonin den russischen Arbeitern, die mutig für ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte kämpfen, die Sympathie des Kongresses ausgedroschen wird. Der Kongress hat nicht — schreibt der „Bergknappe“ — wie die sozialdemokratische Partei Presse etzählt, russischen Revolutionären seine Sympathie ausgesprochen. Wir glauben, gegen eine Sympathieerklärung für Arbeiter, die für ihre Rechte kämpfen, hat im Prinzip wohl kein vernünftiger Mensch etwas einzubauen. Das glauben wir auch und ist es daher auch lediglich eine ganz andere Stellungnahme als die politische Ausgabe des „Bergknappen“ sie fürlich einnahm. Hier wurden den Arbeitern — die der revolutionären Bewegung nicht nur angeschlossen, sondern auch ihre hauptsächlichsten Träger sind — die blauen Hosen gewünscht. Sieht der „Bergknappe“ denn wirklich nicht ein, daß es nicht gut für ihn ist, sich bei dieser Gelegenheit überhaupt zu wehren. Jedes Wort der Vertheidigung kann ihm nur Blamage einbringen. Sollen wir uns doch an den Tatsachen. Der Gewerksverein beteiligt sich an dem Kongress, stimmt dessen Anträge zu, auch solchen, die bisher den Ausschüssen des „Bergknappen“ und dem Gewerksverein nicht entsprachen. Wir hätten allen Grund, zu spötteln, tun es aber nicht, um dem Gewerksverein keine Gelegenheit zu geben, sich das „gewünschte Koch“ zu suchen. Was uns sonst komisch berüht, ist die Art und Weise, wie man sich herauszuwirken sucht aus Schlingen, die man sich selbst legte, ist die Unbeholfenheit, aus der man die eigenen Handlungen beurteilt. Weißt ehrlich, wenn es auch schwer fällt, dann wird sich schon alles, alles wenden. Folgende Berichtigung sandte Kamerad Sachse an die „Weltarbeiter Zeitung“, für die selbstverständlich das gilt, was über die ultramontane Presse weiter oben geschrieben wurde und die jetzt herkommt, die Internationalität des Gewerksvereins von Emigkeit her zu bestätigen und zu verteidigen sucht. Die Berichtigung lautet:

Bremen, den 13. Juni 1908.

### Un die Rebaktion der „Weltarbeiter Zeitung“

Wie ich heute erst in Ihrer Zeitung Nr. 183 vom 11. 6. M. lese, berichten Sie über Vorgänge auf dem internationalen Kongress in London, namentlich über meine Tätigkeit als Präsident der Sitzung vom 7. Juni so viel unrichtiges, was geeignet ist, mich in der Öffentlichkeit herabzufügen, daß ich bitten muß, auf Grund des Prekgeschoss folgende Berichtigung auszurütteln.

Sie schreiben: „Bei dem amerikanischen Antrage schien der Zeitpunkt gekommen, den Christlichen wieder eins auszuweisen. Sachse als Vizepräsident versuchte zuerst den amerikanischen Antrag zurückzustellen bis Freitag, und ihm dann mit noch einigen anderen Anträgen unter Ausschluß der Presse zu behandeln.“ Das ist unrichtig. Nichtig ist folgendes: Das internationale Komitee hatte früh in einer Sitzung beschlossen, den amerikanischen Antrag Nr. 18 (Liebeversetzung-Mitschriftdrech) betreffend, sowie die Anträge Nr. 16, 17, 20, 21 und 23 in einer Sitzung ohne Beisein der Presse zu behandeln. Also nicht ich, sondern das gesamte internationale Komitee wollte diesen Antrag mit den anderen geschäftlichen und taktischen Anträgen später in geheimer Sitzung verhandeln müssen. Danach hatte ich als Vizepräsident zu verfahren.

In der Mittagspause hatte nun das Geschäftskomitee zu dem amerikanischen Antrage eine Resolution ausgearbeitet, in welcher die Karentzeit für auswandernde Organisierte auf ein Jahr und die Karentzeit für die Organisation selbst auf zwei Jahre vorgeschlagen wurde. Dennoch war also dem sich ganz neu der internationalen Bewegung angeschlossenen christlichen Gewerksverein nicht nur ein, sondern zwei Jahre Karentzeit auferlegt, ehe seine Mitglieder ohne Eintrittsgeld in anderen Ländern Aufnahme finden. Da das Geschäftskomitee diese Resolution fertig hatte, so stand nichts mehr im Wege, den Punkt sofort zu erledigen, was dann auch geschah. Ich habe also keinen Versuch gemacht, ihn zurückzustellen.

Sie schreiben dann weiter: „Hieraus holt Sachse eine dominante Philippita gegen den Gewerksverein.“ Ich stelle richtig, daß ich nur die Bedingungen richtig urteile, unter welchen wir den Gewerksverein auf den nächsten Kongressen anerkennen wollen, und habe weiter Herrn Effert zu belehren versucht, daß sein Widerspruch gegen diese Karentzeit unbegründet sei.

Dann schreiben Sie weiter: „Als Effert hierauf erwiderte, erkläre

beden, bieselben Arbeiter, die sich ihrer Haut wehren gegen den weißen Schreden in Angland, haben nicht die Sympathie der "Patentchristen" verdient. Damit könnte man sich ja zufrieden geben, wenn nicht auch die christlichen Delegierten die Engländer als Entlastungszeugen ausspielen. Die christlichen Delegierten haben ja eben erst in die "internationalen Kongresse" hineingesprochen, sie müssen also ruhig die Verantwortung für gescheiterte Resolutionen denen überlassen, die seit Jahren gelernt haben, sich zu verstehen, und die auch ohne die Lehrenungen der Zentrumsprese wissen, was sie für Beschlüsse fassen. Fest steht, daß zudeß die Delegierten anderer Organisationen noch die Engländer, noch die Verbändler die Mittel der Verlogenheit, Heuchelei und besonders der Brüdervergessen als die einzige Vornehmheiten betrachten. Das überlassen sie den Bürglingen der Wt.-Glaubacher Schule, die nach den Grundschulhandeln: Christliche Gewerkschaftsführer dürfen nie in als ihr eigenes Urrecht eingestehen.

Meineraden, macht es ebenso! In der Neumark im Kreise Bützow bei Berlin, wo die Junkerschaft noch unbeschränkt herrscht und ihre Macht auch rücksichtslos ausübt, erhielten die organisierten Arbeiter kein Vokal zur Besprechung ihrer Angelegenheiten. Junker, Polizei, Gutsleute und Muckertum unterdrückten gewaltsam jede sozialistische Bewegung, genau so, wie im Finsterland, nur, daß hier auch noch der "christliche" Gewerksverein als Finster im Bunde der Saalschädel und Unterdrückung der Freiheit austritt. Nun haben wir Mann des dortigen Kreises den Entschluß gefaßt, ein eigenes Gewerkschaftshaus zu errichten und es bis Pfingsten fertig zu stellen und diesen Entschluß auch ausgeführt. Sie beschlossen, daß jeder organisierte Arbeiter jede Woche 1 Mark zum Saalbau steuern müsse und daß sie die Arbeiter selbst ausschließen, soweit es möglich sei. Diesen Beschluß hat die Arbeiterschaft auch ausgeführt und noch mehr als eine Mark haben die meisten gesteuert. Welt-Hülse der Berliner Arbeiterschaft erwarben sie sich einen großen Bauplatz im Mittelpunkt des Kreises und schritten zur Ausführung des Baues. Die Arbeiter, die in ihrer Mehrzahl in Berlin beschäftigt sind, gingen des Sonntags Morgens um 4 Uhr mit 20-30 Mann nach der Baustelle, verrichteten dort die Arbeiten und am Pfingsttag stand ihr Gewerkschaftshaus fit und fertig, der schönste Bau in der ganzen Gegend und über 800 organisierte Arbeiter füllten zum Eröffnungsfest den geräumigen prachtvollen Saal. Ein Bravo dieser wackeren Arbeiterschaft, diene sie uns zum Vorbild und auch für uns wäre der ewige Saalmangel überwunden.

**Der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands im Jahre 1904–1905.** In wenigen Wochen findet die Generalversammlung des Verbandes der Schuhmacher in Nürnberg statt. Der Verbandsvorstand erstattet den Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes in den letzten Jahren. Wie wir dem Schuhmacher-Fachblatt entnehmen, waren Ende 1903 in 289 Betriebstellen 28 296 Mitglieder vorhanden. Wegen einer beschlossenen Beitragserhöhung sank die Zahl der Mitglieder im vierten Quartal 1904 auf 28 565. 1905 wurden über 4981 Mitglieder gewonnen und Ende 1905 waren 28 648 Mitglieder vorhanden. Den Angaben über die Streiks entnehmen wir, daß in der zweijährigen Berichtsperiode 81 Streiks vorkamen, die sich auf 552 Betriebe mit 6821 Arbeitern, darunter 1129 Arbeiterinnen, erstreckten. Die Gesamtkosten der Streiks betrugen 268 247 Mark. Diesen Ausgaben gegenüber steht folgender Gewinn: Es wurde erreicht für 2318 Personen 12 474 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 3501 Personen 6191 Mark Lohnerhöhung pro Woche, das ergibt pro Jahr, das Jahr zu 50 Wochen gerechnet, 628 700 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 309 550 Mk. Lohnerhöhung. Jeder der Beteiligten hat also mit Hilfe der Organisation im Durchschnitt pro Jahr 269 Stunden weniger Arbeitszeit und 87,17 Mark mehr Lohn erzielt. Ein trübes Blatt in der Geschichte der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine ist der in dem Bericht dargestellte Verlauf des Weizenfelser Streiks, in dem die Leitung des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Schuhmacher und Lebendarbeiter eine schändliche Rolle spielte. Der Bericht macht der Leitung die hinterlistige Art zum Vorwurf, mit der sie den Streik zum Verlieren brachte. Würde die Leitung des Gewerksvereins in der Tarifkommission offen und frei erklärt haben, wie es um ihre Kassenverhältnisse steht, so hätte man Mittel und Wege finden können, entweder die Geldmittel zu beschaffen und eine Form zu finden, unter welcher der Streik hätte beendet werden können. In allen Flugblättern der Hirsch-Dunderianer sowie in Agitationsversammlungen wird auf die Millionen hingewiesen, welche in der Kasse des Generalrats in Berlin liegen und im Falle der Not, insbesondere bei wirtschaftlichen Kämpfen, zur Verfügung stehen. Der Weizenfelser Streik hat bewiesen, daß diese Millionen nur als Räder dienen, daß der Centralrat lieber die Mitglieder einer ihm angeschlossenen Gewerkschaft dem Unternehmertum auf Gnade und Ungnade ausließert, als daß er von seinen Millionen etwas hergibt. Die Herren vom Gewerksverein brauchen sich daher nicht zu wundern, wenn man ihre Worte mit ihren Taten vergleicht und sie nach den lechteren einschätzt. So mußte dieser Streik, welcher mit geradezu bewunderungswürdiger Einmütigkeit und Ausdauer geführt wurde, mit einem Misserfolg für die Arbeiter enden. Das sind bittere Worte für eine Arbeiterorganisation, die noch etwas auf sich hält. Über die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner haben erst im Weizenfelser Kohlengebiet eine ähnliche Verträterei begangen, so daß nicht zu erwarten ist, daß sie sich bessern. Nach den neuen Zusammensetzungen des Handels- und Transportarbeiterverbandes wird die rege Verbandstätigkeit im Jahre 1905 zahlenmäßig festgestellt. An Arbeitslosenunterstützung wurden 29 221,97 Mark, an Krankenunterstützung 65 743,58 Mark, an Sterbegeld 12 504,30 Mark an besonderen Unterstützungen 12 666,35 Mark, an Rechtsschutz 12 321,85 Mark und an Streik- und Gewaltregeltenunterstützungen 126 162,49 Mark ausbezahlt. Das Ergebnis der Lohn- und Streikbewegungen war eine Verkürzung der Arbeitszeit für 11 718 Personen um 8045½ Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 23 016 Personen um 50 486,75 Mark pro Woche. Auch der Verbandsarbeitsnachweis erfreute sich einer regen Anspruchnahme. Es wurden gemeldet 10 908 offene Stellen, von denen 6805 besetzt wurden.

**Wessengenossen des Unternehmertums.** Daß die „fatho-lischen Gewerkschaften“ sich zu einer Streikbrecherorganisation entwickelt haben, ist längst heraus. Und hätten wir nur das eine Beispiel in Gottesberg in Schlesien anzuführen, es genügte, daß „gelbe Syndikat“ an den Pranger gestellt zu haben. So aber ist das schmutzige Sündenregister schon übervoll. Gleiche Wege wandeln auch die verschiedensten Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine (Siehe Leitartikel: Streik der mitteldeutschen Braunkohlenbergleute. D. Ned.) Spielten sie schon in Gottesberg eine dunkle Rolle, so zeigte sich der Gewerbeverein der deutschen Fabrik- und Landarbeiter in der schändigen Rolle einer Streikbrecherorganisation während des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks. Das hat dem Gewerbeverein sogar den Dank bezw. ein Los der „Arbeitgeber-Zeitung“ eingebracht. Das Schachmacherorgan bemerkte zu dem Streikbruch folgendes: „Ist das wahr, was hier über die „Hirsche“ bezügl. der Gewährung von Streikunterstützung gesagt wird, so verdient diese eher Lob wie Tadel, wenigstens in unseren Augen. Sie sorgen jedenfalls besser für das Fortkommen ihrer Vereinsgeschäfte, wenn sie dieselben zu den Unternehmern schicken, um ihre Arbeit anzubieten, als wenn sie sie in ihrer Hartnäckigkeit verstärken würden.“ — Dieses Lob haben die „Hirsche“ reichlich verdient. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ nehmen die Klagen über die schamlosen Verüchterien der Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine nicht mehr ab. Weniger die Mitglieder als die führenden „Hirsche“ verleiten offen zum Betrat und Desumissionen. Nur ist es der Generalrat des Gewerbevereins der beruflichen Holzindustrie- und Steinharbeiter, der sich besonders hervorruft. Nach Anmeldung ihres „Deut.-Gesetzars“ Rambach, Berlin veründern 54 Holzarbeiter in Hatzlau Streikbruch, während 14 weiter zu den 438 ausgesperrten Holzarbeitern der freien Gemeinschaften hielten. Wenige Tage vorher hatten die „Hirsche“ sich noch schriftlich gebunden, nicht eiger erfüllungen, bis die Arbeiter geschlossen an ihre alten Plätze zurückkehrten würden. Es handelt sich bei den „Hirschen“ nicht um Turzehölle, verbrochen u. d. Gebeten, sondern die Führer treiben ihre Mitglieder systematisch zum Streikbruch. Die mutigste Minister Dellbrück die christlichen Gemeinschaften einschägigte, beweisen folgende Vorlesungsschrift aus jüngster Zeit. Das Vorgehen der „Christlichen“ in Köln, Dortmund, Aachen u. s. ja bekannt. Noch einige Stichproben. Der christliche Bezirksführer Hartmeier suchte die Lohnbewegung der Textilarbeiter der Firma Gebr. Belzer in München-Gladbach auf, die von Christen beliebte Art zu durchkreuzen. Man läuft dort, wo man in Lohnbewegungen eintreten mög. hinter dem Rücken der an der Lohnbewegung mitbeteiligten freien Gemeinschaften hin und verhandelt. Auftrag von den Streikenden gebrauchen die Gemeinschaften nicht. Gelingt es, heimlich mit den Unternehmen handelseinig zu werden — viel Entgegenkommen bedarf es dabei nicht — dann ist man nicht zur Fahn im Horne, sondern die Ausweitung zum Streikbruch ist die weitere Folge; von anderen liebenswürdigen Handlangerdiensten für die Unternehmer angeföhrt. Bei „Textilarbeiter“ weist auf eine einzige Vorlesungsschrift ähnlich Art hin. München-Gladbach ist die Residenz der

christlichen. Wlich hier wohnt also die Sünde. Ausbadienste leisteten sich die „christlichen“ bei der Firma Kenna in Bremen. Es konnte eine Vereinigung der Textilarbeiter abgehalten werden, oder der Chef hatte vorher Kontakt, ehe der Fabriktausch bei ihm vorstellig wurde. Als Angeber wurde ein christliches Ausschukmitglied entdeckt, der Verbandsvertreter wurde herbeigeholt und dieser verbete sich selbstverständlich zur nächsten Versammlung an den Herrn C. Seine weitere Ausklärung war, daß ein Schnupftabac nach dem anderen über die freien Gewerkschaften gegossen wurde. Weicht war nicht herauszubringen von ihm. Ob der Herr Chef den richtigen Mann d. h. das christl. Ausschukmitglied genannt hatte? Wohl sonst welche der Chef dem Verbandsvertreter gegenüber das Schnupfen auf die freien Gewerkschaften höchst bei Seite gelassen haben — oder auch nicht. Ebenso mußten die Schwesternmacherinnen in Königsberg erleben, was es heißt, mit den christlichen Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Dem Zentral-Verband der Schwesternarbeiter und -arbeiterinnen gelang es 78 Arbeiterinnen zu organisieren und es wurde eine Lohnbewegung veranstaltet. Der Christliche Gewerklverein der Heimatkellerinnen stellte sich zwei Damen aus Berlin kommen, die mit den Fabrikanten selbstständig verhandelten und einen Vertrag abschlossen, obwohl die Christlichen nur eben Mitglieder zählten. Als die Schwesternmacherinnen in einer Versammlung gegen solche Handlungswweise protestierten, nannte man sie „schwarze Gäduse“. Dem Vorsitzenden des Zentral-Verbandes versegelte man den Briefkasten zu der Versammlung. Da der Vertrag so gut wie nichts mit sich brachte, lebten die Schwesternmacherinnen alles in Erneuerung, um ihn wieder zu beseitigen. Mögen diese Beispiele eine Lehre sein. Wenn die Christ-Dunker'schen Gewerklvereine und die christlichen Gewerkschaften auf diesem Gebiete weitere Vorberen sich zu verwerben suchen, so ist das ihre Sache. Aber dann braucht man doch nicht zu heulen, wenn man sie beim rechten Namen nennt. Ober aber soll es wahr sein, was die „Essener Volkszeitung“ in ihrer Nr. 184 vom 3. Juni schrieb. Hier heißt es: „Solange nicht die Arbeitgeber erkennen, daß ihre Interessen sich in weiterem Maße mit denen der christlichen Arbeitersorganisationen decken, ist schwerlich daran zu denken, daß die Sozialdemokratie (soll heißen „freie Gewerkschaften“) mit Hilfe dieser Organisationen bestreiten kann.“ Dann, selbstverständlich, läßt sich vieles begreifen.

in Vorstände vom Gewerbeverein. Dann wird geschrieben von Händlern, welchen die Wäste gelösst werden müsse. Wer ist hier wohl der Heuchler? Wie kommt der „Bergknappe“ dazu, jetzt auf einmal für den Beschluss von 1892 so warm einzutreten? Ist denn auch nur einem vielseitigen im Vorstande überhaupt der Beschluss bekannt gewesen? Wohl auch keinem von den Herren Werkvertretern, außer Herrn Dr. Weidmann. Wenn der Beschluss zu Recht bestanden hätte, so wäre es Pflicht gewesen, das Herrn Regierungsrat Bäumer bei seiner Anstellung bekannt zu machen. Hätte sich der „Bergknappe“ nur ernstlich besonnen, weshalb der alte Beschluss hervorgeholt worden ist, so hätte er sich seine langen Erklärungen sparen können. Es ist wohl keinem Mitgliede bewußt, daß der Beschluss von 1892 mit Aenderung des Statuts geübt ist, weshalb hat man ihn sonst seit Bestehen des neuen Statuts nicht ein einziges Mal erwähnt? Jedenfalls hat man den Beschluss nur hervorgeholt, um Herrn Direktor Bäumer damit zu verdrängen, was, was hatte der ganze Konflikt Bäumer-Ludwig mit diesem Beschluss zu tun, hier handelt es sich nur um den ersten Direktor. Eine Erweiterung der Befugnisse des Vorsitzenden ist doch ausdrücklich in der außerordentlichen Vorstandssitzung abgelehnt worden. Wer dieses nicht einseht, der will es nicht einsehen, und die Heuchelei kann sich der „Bergknappe“ selbst hinter die Ohren schreiben. Ferner behauptet der „Bergknappe“, die Arbeitervertreter im Knabpschaftsvorstande hätten die Vorlommunisten zwischen Ludwig und Bäumer gesaut, aber geschwiegen, und nur Scheinfragen gestellt. Wienke wurde die Sache am Nachmittag des 23. Februar bekannt durch den Knabpschaftsältesten Math. Becker aus Altenessen. Geradezu ekelhaft ist es lesen zu müssen, daß der Verbands-ältesten die ganze Auglegenheit genau gekannt und weshalb nur Scheinfragen gestellt hätten. Es wird ferner behauptet, daß Wienke nach einer Sitzung mit Bäumer im weißen Saale „Zur Krone“ Dortmund zusammengekommen sei. Wienke kennt dieses Lokal gar nicht, vielmehr, daß er mit Bäumer dort gewesen ist. Wienke soll auch der Wohnung des Bergrats Ludwig gewesen sein, er gibt dies auch nicht zu. Doch der „Bergknappe“ verschweigt, daß es der Gewerbevereinsälteste Becker aus Altenessen war, der ihn dazu eingeladen hat und war freilich. Erst auf weiteres Drängen Beckers nach einer unüblichen Aussprache ging Wienke mit Becker dorthin. Vielleicht gibt uns Becker auch Antwort darauf, ob es wahr ist, daß er sich schon bei der Einweihung des Niedendorfer Krankenhauses mit Ludwig über die Quellengeschichte unterhielt? Dennach hätte er seine Stammbaden sehr gut aufklären können. Was die Wahl Gasses zur Prüfungskommission des Dienstgebäudes der Knabpschaft angeht, so bemerken wir: „Die Kommission besteht nur aus den Vorsitzenden des Knabpschaftsvereins und da nun Gasse von den Gewerbevereinsältesten zum Vorsitzenden gewählt worden war, blieb keine Wahl mehr übrig als Gasse als vierter Vorsitzender in die Kommission hinzuzuwählen.“ Was der weise Klimmzettel angeht, darüber sind sich die Ältesten vom Verbande einständig klar, denn die wissen sich frei von der Sache. Denselben Tage ber „Bergknappe“ sich hinter den Spiegel stecken, der Täter sitzt in ihren eigenen Reihen und steht ihm sehr nahe.“

# Internationale Rundschau.

Amerika. Einer unserer amerikanischen Berichterstatter schreibt aus: Der Streik bei uns — Illinois — ist zu Gunsten der Arbeiter geschlichtet, unter der Bedingung, daß die Arbeiter die Schiedsgerichte selbst abholen müssen. Die 1908 Skala wurde genehmigt. Das ist 5½ Prozent zu Tonne Zuschlag. Einen vollständigen Bericht kann ich leider nicht haben, da wir selbst von den Verhandlungen nichts erfahren. In den Versammlungen wird wenig hierüber gesprochen, wie man auch Berichte von Delegierten wie in Deutschland hier nicht kennt. Nur aus Zeitungen Jahren wir über unser Schicksal. Die englischen Arbeiter sind hier auf es nicht gut zu sprechen. Wir kümmern uns nämlich auch um die Politik, wie wir überhaupt gern diskutieren d. h. unsere Meinung gleichfalls aussprechen. Das können die Engländer recht schlecht vertragen. Dieser Streben geht aber dahin, alle Einwohner politisch wie gesellschaftlich zu schulen, die Österreicher helfen uns tüchtig. Die Italiener sind zu heiligblütig, haben wenig Geduld, um Erfolge festzulegen oder sie hier zu erzielen. Sie sind leicht geneigt zu Gewalttaten. Wir beginnen jetzt die Aufräumungsarbeiten, in wenigen Tagen gehts dann wieder los. Die Bergarbeiter in den Staaten Ohio und Indiana befinden sich noch im Streit. Hoffentlich kommt auch dort der Streik ein ldiges und prächtiges Ende. Nun liegt über den Streit noch folgender Bericht vor: „Einigung der Arbeitgeber mit den Arbeitern in den Anthracit Kohlengruben der Vereinigten Staaten von Amerika. Auf den Rat des Präsidenten der Bergwerks-Arbeiter-Union stimmte die Konvention der Anthracitgrubenarbeiter in Scranton, Pennsylvania, am 5. Mai für, den seitens der Gruben gemachten Vorschlag der Fortführung der Arbeit unter den Bedingungen, die im Jahre 1908 die als Schiedsgericht endgültende „Anthracite Strike Commission“ festgelegt hatte, unter dem Vorbehalt anzunehmen, daß die Dauer dieser Fortführung im vorderen Einvernehmen festgestellt würde. Am 7. Mai fand eine Versammlung der Grubenbesitzer und Arbeiterabgeordneten in New-York statt, wo ein Vertrag unterzeichnet wurde, nach dem die Arbeiter weitere drei Jahre unter den bisherigen Bedingungen arbeiten. Die Arbeiter sollten sich nur auf zwei Jahre binden mit der Begründung, daß nach Ablauf dieser Frist die gestiegenen Kosten des Lebensunterhalts eine neue Festsetzung des Lohnes erforderlich machen würden. Die Grubenvertreter wiesen mit Erfolg darauf hin, daß nach der im Jahre 1903 genommenen gleitenden Skala die Löhne mit dem Höhergehen der Kohlenpreise steigen, und das letztere entschieden bei einer allgemeinen Steigerung der Lebensbedürfnisse auch steigen müßten. — Die gleichende Skala sah nämlich bei jeder Steigerung des Kohlenpreises um 5 Prozent als normal angenommenen Salzes von 4,50 Dollar pro Tonne eine Löhnerhöhung von 1 Prozent (?) vor. Auch darüber wurde eine Einigung erzielt, daß alle Arbeiter, mit Ausnahme derjenigen, welche sich der Gesetzlosigkeit oder der Eigentumszerstörung schuldig gemacht haben, wieder eingestellt werden sollten. Sofort nach Unterzeichnung des Einigungsprotokolls ließen die Gruben die Sommerpreise für Anthracit Kraft treten.

Amerika. In La Cananea, 45 Meilen südlich von der amerikanischen Grenze in Sonora-County, Mexiko, wo sich die Hauptanlagen der bekannten Greene Consolidated Copper Company befinden, entstand während der Nacht ein Massentriek zwischen mexikanischen Streikern und amerikanischen Arbeitern. Bisher wurden hundert Personen erschossen: Zahl der Toten und Vermundeten wird auf 450 geschätzt. Die Mexikaner stellten die Stadt La Cananea in Brand und verloren, die Schmelzöfen in ihren Besitz zu bekommen. Die Schlacht raste in der benachbarten Stadt die ganze Nacht hindurch. Colonel Greenes Verteidigungslinie ist durch Feuer zerstört, und der Schaden beträgt 500 000 Dollar (2 Millionen Mark). La Cananea steht in Flammen, Flüchtlinge sagen, daß sie der Zerstörung geweiht ist. Amerikanische Kavallerie hat die Grenze überschritten. Die Verteidigung der Schmelzöfen wird von Greene persönlich geleitet. Die Attacke war von den Mexikanern geplant, und die Amerikaner waren unbewaffnet, als der Angriff erfolgte. Die Stadt hat 22 000 Einwohner, die Hälfte davon Amerikaner, jetzt in großer Zahl flüchten. In Cananea bestand schon längere Zeit Zwist und Hass zwischen amerikanischen und mexikanischen Grubenarbeitern. Kürzlich wurde das Wohnhaus des Bergwerksleiters mit Granaten zerstört und ein städtischer Polizist von einem Amerikaner erschossen. Dann folgte der Strafkampf. Die Mexikaner waren erstaunt, weil sie annahmen, daß sie durch Amerikaner ersekt werden könnten. Die Entsendung der amerikanischen Truppen erfolgte auf den Befehl des Bundeskonsuls. Der Gouverneur von Sonora ist nach dem Hauptplatz abgereist, um die Ruhe herzustellen, was denn vorläufig gelungen ist. Das sind Auswüchse von Rassenkämpfen und Nationalitätsfeinden, gegen die die deutschen Bergarbeiter glücklicherweise gefeit sind.

Die amerikanischen Buchdrucker stehen seit September 1905 im Kampfe um den Achtstundentag und schreiten seit dem 1. Januar 1906 erfolgreich vor. Es handelt sich nur um die Altklassedruckereien, denn bei den Zeitungen ist längst die Forderung bewilligt. Bei einer Gesamtzahl von 50 000 Mitgliedern des Verbandes steht noch 4500 Mann auf der Liste, die ausreichend unterstützt werden. Mit einer überwältigenden Mehrheit, die einer Einmehrung nahe kam, beschlossen die Verbandsmitglieder, den zehnten Teil ihres wöchentlichen Arbeitslohnes in die Streikasse zu zahlen, so daß es an Munition für den Kampf nicht fehlt. Über 700 000 Dollar wurden bereits seitens der Sekret veranschlagt, um die alte Forderung diesmal auf der ganzen Linie durchzuführen.

## **Europäischliches.**

**Bachmann.** In Nr. 18 des "Bergknappen" vom 5. Mai 1906 findet sich ein Artikel, in welchem die Angelegenheit Bäumer-Ludwigsgenicht wird, die nur dazu herhalten muss, um den Tadeln des ersten Verbandes eins auszuwischen. Zunächst wird unsern Vorstandesleuten vorgeworfen, sie vertraten nicht die Interessen der Arbeiter, vielmehr dieses zutriefft, das zeigen die Beschlüsse des Vorstandes, erst muss der Beschluss wegen der Wahl des ersten Direktors herstellen sowie die Amtsniederlegung des Regierungsrats Bürklein, das dieses anbelangt, hat Herr Bäumer in der Vorstandssitzung erläutert, ob er den Vorstand verantwortlich machen würde, weil der Vorstand gen die Bestimmungen seines Vertrages einen Beschluss gejaht habe und das sei unmöglich. Nun, der Prozeß wird ja zeigen, wer Recht hat, um zu zeigen, daß Bürklein unrecht ist, wird im "Bergknappen" auseinandergelegt, daß ein Beschluss vom Jahre 1892 besteht und daß sich Bürklein danach richten müsse. Dieses will Herr Bäumer jedoch nicht anerkennen, er sagt, daß ihm die früheren Beschlüsse nichts angehen, für sein Dienstschuldnis sei sein Vertrag maßgebend. Dieses wissen doch auch die Tadeln

h Vorstände vom Gewerbeverein. Dann wird geschrieben von Händlern, welchen die Wände gelüftet werden müssen. Wer ist hier wohl der Reuchler? Wie kommt der „Bergknappe“ dazu, jetzt auf einmal für den Beschluss von 1892 so warni einzutreten? Ist denn auch nur einem seltesten im Vorstande überhaupt der Beschluss bekannt gewesen? Wohl auch keinem von den Herren Werkvertretern, außer Herrn Dr. Weidmann. Wenn der Beschluss zu Recht bestanden hätte, so wäre es Pflicht gewesen, das Herrn Regierungsrat Bäumer bei seiner Anstellung bekannt zu machen. Hätte sich der „Bergknappe“ nur ernstlich besonnen, weshalb der alte Beschluss hervorgeholt worden ist, so hätte er sich seine Erläuterungen sparen können. Es ist wohl keinem Mitgliede peitschhaft, daß der Beschluss von 1892 mit Ausdehnung des Statuts geblieben ist, weshalb hat man ihn sonst seit Herstellen des neuen Statuts nicht ein einziges Mal erwähnt? Jedenfalls hat man den Beschluss nie hervorgeholt, um Herrn Direktor Bäumer daran zu verdrängen, was hatte der ganze Konflikt Bäumer-Ludwig mit diesem Beschluss zu tun, hier handelt es sich nur um den ersten Direktor. Eine Erweiterung der Befugnisse des Vorsitzenden ist doch ausdrücklich in der außerordentlichen Vorstandssitzung abgelehnt worden. Wer dieses nicht einseht, der will es nicht einsehen, und die Henchelei kann sich der „Bergknappe“ selbst hinter die Ohren schreiben. Ferner behauptet der „Bergknappe“, die Arbeitervertreter im Knapschaftsvorstand hätten die Aktionen zwischen Ludwig und Bäumer gesehen, aber geschwiegen, und nur Scheinfragen gestellt. Wienke wurde die Sache am Nachmittag des 23. Februar bekannt durch den Knapschaftsältesten Matheseder aus Altenessen. Geradezu ehrhaft ist es lesen zu müssen, daß der Verbands-älteste die ganze Augenzeit genau gekannt und weshalb nur Scheinfragen gestellt hätten. Es wird ferner behauptet, daß Wienke nach einer Sitzung mit Bäumer im weißen Saale „Zur Krone“ Dortmund zusammengekommen sei. Wienke kennt dieses Lokal gar nicht, vielmehr, daß er mit Bäumer dort gewesen ist. Wienke soll auch der Wohnung des Bergrats Ludwig gewesen sein, er gibt dies auch, doch der „Bergknappe“ verschweigt, daß es der Gewerbevereinsälteste Becker aus Altenessen war, der ihn dazu eingeladen hat und zwar freundschaftlich. Erst auf weiteres Drängen Beckers nach einer unüblichen Aussprache ging Wienke mit Becker dorthin. Vielleicht gibt uns Becker auch Antwort darauf, ob es wahr ist, daß er sich schon bei der Einweihung des Niedendorfer Krankenhauses mit Ludwig über die Quellgeschichte unterhielt? Dennoch hätte er seine Kameraden sehr gut aufklären können. Was die Wahl Casses zur Prüfungskommission des Dienstgebäudes der Knapschaft angeht, so bemerken wir: „Die Kommission besteht nur aus den Vorsitzenden des Knapschaftsvereins und da nun Cassé von den Gewerbevereinsältesten zum Vorsitzenden gewählt worden war, blieb keine Wahl mehr übrig als Cassé als vierter Vorsitzender in die Kommission hineinzuwählen.“ Was der weise Klüngel anbelangt, darüber sind sich die Ältesten vom Verbandeständig klar, denn die wissen sich frei von der Sache. Denselben Tage der „Bergknappe“ sich hinter den Spiegel stecken, der Täter sitzt in den eigenen Reihen und steht ihm sehr nahe.“

**Bochum.** Aus der Sitzung des Vorstandes des Knapschaftsvereins vom 12. Juni d. J. dürfte Folgendes der Allgemeinheit Interesse erfreuen: Versammlung nimmt Kenntnis von dem Schreiben, in welchem Herr Bergbaupräsident Baar sich vom Verein verabschiedet. Der bei der Verwaltung als Hilfsarbeiter eingetretene Dr. Meynen wird der Versammlung vorgestellt und ihm die Ernächtigung erteilt, in Beziehung zu unterzeichnen. — Der Bergmann G. Schellenberg in Bochum IV ist nach bestandener Prüfung in das Amt als Ältester eingesetzt worden, wovon der Vorstand Kenntnis nimmt. — Die Wahl der Mitglieder aus dem Vorstande in die Geschäftsausschüsse Essen und Oberhausen hatte folgendes Ergebnis: Gewählt wurden für den Ausschub: Bergassessor Winthaus-Altenessen und Knapschaftsältester Casselenessen als ordentliche und Bergrat Staphorst-Altenessen und Knapschaftsältester Eichardt-Essen als stellvertretende Mitglieder. Für den Ausschub Oberhausen wurden gewählt: Kommerzienrat Küchen-Gilheim und Knapschaftsältester Schäfer-Fuhlenbrück bei Bottrop als ordentliche und Bergassessor Hilt-Düsseldorf und Knapschaftsältester Luhoff-Bottrop als stellvertretende Mitglieder. — Zu Beisitzern des Friedsgerichts wurden gewählt: Bergassessor Steinernes-Waltrop, Bergassessor Flüggen-Hordel, Bergwerksdirektor Russel-Recklinghausen-Süd (Ludwig), Bergwerksdirektor Hohenbahl-Bochum, Knapschaftsältester Quirinestein-Mauzel, Jochenhöfer-Rentfort, Thürmer-Kray, Knapsmann-Bochum IV, Heinrich-Gastrop. — Einer Anzahl Anträgen auf Annahme des ganzen Strafengeldes, Genehmigung künstlicher Gliedabnahmen und Zahnersatzes, sowie einzigen Anträgen auf Aufnahme bezüglich der Rückerstattung in die ständige Klasse wurde entsprochen. — Dem Antrage des Bahnarztes Körting in Wattenscheid, das Vertragsverhältnis am 1. Juli 1905 zu lösen, wobei entprochen und für ihn der approbierte Bahnarzt Berthold Beckmann aus Oberhausen zum Knapschaftsälter gewählt. — Einige nicht einziehbare Verträge wurden wegen Unlöslichkeit der Schulden niedergeschlagen, ferner wurde in zwei Fällen abgesehen, den Einwand der Verjährung zu erheben.

**Leopoldshall.** (Magdeburg-Harzer Beiden.) Am 10. Juni fanden Knappsrätselwahlen und die Vertreterwahlen zum Arbeiterausschuss statt. Der bisherige Vorsitzende F. Schulte hatte sich nicht besonderes Verdienst gemacht und die Kammertaden schlugen deshalb einen Mann vor, dem sie volles Vertrauen hatten. Die Wahl findet durch Händeverheben statt, nachdem der zu Wählende vorgeschlagen ist. Man sollte nun wünschen, daß über den zuerst Vorgeschlagener auch zuerst abgestimmt wird. Doch dem war nicht so. Sollte vielleicht derselbe der Verwaltung nicht ganz genehm gewesen sein? Dochdem erhielt der Werkkandidat, so der, über den zuerst abgestimmt wurde, fünf Stimmen weniger. Es stand man auf einmal heraus, daß ein Mann mitgewählt hatte, nicht das Recht dazu besaß und man erklärte die Abstimmung für ungültig. Nun verließ man auf etwas anderes. Es mußte jetzt jeder Wähler einzeln zum Wahlstuhl kommen und den Namen dessen, den er wählen wollte, nennen. Dies zog besser, der Werkkandidat kam durch einen Arbeiter, der sich erlaubte, bei der Wahlhandlung seine Meinung sagen, wurde am Montag darauf an eine andere Arbeit versetzt. Bei Wahl der anderen Vorsitzenden und Vertrauensleute ließ man dann wieder nach dem alten Modus abstimmen. Den Arbeitern ist das Vorbringen bei der Wahl des ersten Vorsitzenden eine Mahnung, sich samt und anders der Organisation anzuschließen, um sich durch Einigkeit ihre Rechte zu sichern. Wie sagte doch der Staatsminister von Dellwig: "Gegen der Zugehörigkeit zur Organisation wird niemand geinahmigt." Deshalb hinein in die Organisation, kämpft mit euren Freunden zur Befreiung des Bergarbeiterstandes.

# Rücksände auf den Gruben.

## Ruhrerbier.

**Zechen de Wendel.** Große Versprechungen werden den Kameraden macht, die man hierher zu lotsen gedenkt; 5,20 Mark sollen zu ver- men sein usw. Nun, uns liegen Lohnblätter vor, wonach Lehrhauer 2,80—3,00 Mf. und Hauer mit 3,20—4,00 Mf. nach Hause gingen. So sicher keine Löhne, mit denen man prahlten kann. Gestern müssen sich die Kameraden eine Viertelstunde vor der Markenbude stehen, dann 10 Minuten bei der Lampenausgabe warten, bis sie dann zum Markt kommen, ist es zur Abfahrt zu spät und sie können wieder nach Hause gehen. Auch die Waschklause und das Trinkwasser lassen viel zu wünschen übrig. Möge die Verwaltung Remedien schaffen.

**Sechste Karolinenglück.** Vom Karrenanschlag sollte die Belegschaft 9. Juni anderthalb Schicht verfahren. Der größte Teil der Belegschaft hatte aber nicht die geringste Lust dazu, sondern ging um ihr zum Schacht, um auszufahren. Als es aber längst 2 Uhr durch war und die Aussahrt nicht begann, wurden die Leute unruhig und langten, daß die Seilfahrt endlich beginne. Der Förderaufseher sause war aber anderer Ansicht, er rief den Leuten zu, daß sie zurückgehen sollten, sonst lasse er den Zug auffahren. Auch wollten verschiedene Kameraden noch etwas von Knochen kaput fahren gehörten. Die Kameraden gingen nun zurück und der Aufseher besann sich eines Besseren und ließ die Kameraden ausfahren. bemerkte sehr, daß auch des Morgens öfters 5 Minuten früher mit der Leiterförderung begonnen wird. Von uns wird Pünktlichkeit verlangt, das be verlangen wir von der Verwaltung.

**Grube Kaiserstahl II.** Hier scheint man bei der Menschen-  
derung nicht die nötige Vorsicht zu handhaben, denn der Korb der  
ersten Sohle fliegt im Schacht herum, daß einem die Haare zu Berge  
stehen. Besonders am 8. Juni, mittags gegen 2 Uhr, wurde diese Fahr-  
thode so schlimm, daß man glaubte, sich im Sumpf wiederzufinden.  
Auch wird auf der zweiten Sohle manchmal am Anschlag Wettertuch  
liegen. Am 7. Juni schien man dies jedoch nicht für nötig zu halten,  
doch ein Kamerad am Anschlag, wo sich eine eingebulte Platte be-  
fand, zu Fall kam, und es nur seiner Gewandtheit verdankte, daß er

keine Verlegung davon trug. Für die Verwaltung ist es, wenn sie nutzt, eine Pflichtigkeit, diese Mißstände abzustellen.

**Zehn Röntgenstrahlen.** Wie es hier mit dem Strafgesetze steht, davon nur ein Beispiel. Im Monat Mai wurden bestraft:

Wm	1. Mai	46 Mann	98,00	Mark,	Wm	16. Mai	2 Mann	2,00	Mark,		
2.	"	20	"	51,20	"	17.	"	6	"	12,80	"
3.	"	0	"	22,25	"	18.	"	0	"	16,00	"
4.	"	5	"	12,25	"	19.	"	8	"	18,00	"
5.	"	6	"	12,80	"	21.	"	5	"	11,00	"
7.	"	9	"	19,50	"	22.	"	8	"	17,80	"
8.	"	28	"	53,50	"	23.	"	20	"	81,00	"
9.	"	25	"	85,00	"	24.	"	27	"	88,00	"
10.	"	12	"	25,05	"	25.	"	15	"	87,25	"
12.	"	12	"	22,00	"	26.	"	28	"	81,25	"
14.	"	14	"	27,40	"	27.	"	5	"	22,10	"
15.	"	6	"	10,50	"	28.	"	5	"	18,10	"

Also in Summa 327 Mann mit 727,50 Mark. Die Notdurstigen, die um Unterstήzung nachsuchten, erhielten u. a. sage und schreibe drei Mark, dagegen sind hohe Strafen an der Tagesordnung. Wie frage ich, welche Zetche kann es besser?

**Zeche Mont-Cenis (Schacht I).** Am Samstag Abend konnte man das Sanitätswesen dieser Zeche in voller Glorie sehen. In einem Förderwagen lag ein Verletzter, da der Wagen zu kurz war, zusammengedrängt, umklapt von Kameraden, die der Zechenverwaltung alles, nur keine Segenswünsche spendeten. Die Zeche Mont-Cenis liegt doch gar nicht so weit von Chauvico I und II und könnte sich unsere Verwaltung einmal von dort die Sanitätsvorschriften zunehmen lassen. Dieselben louten dort — und werden, was man der dortigen Verwaltung rühmend nachfragen muss, auch streng befolgt —: Am Schacht und in jedem Revier sind an ganz bekannten und leicht erreichbaren Stellen je zwei Tragbahnen vorräufig zu halten. Dieselben sind mit ledernen und wollenen Decken versehen und werden nur zum Transport Verletzter benutzt. Diese Einrichtung der Zeche Chauvico empfehlen wir auch der Verwaltung der Zeche Mont-Cenis zur Nachahmung. Verletzte Kameraden in einem Förderwagen zu transportieren, sollte doch heutzutage nicht mehr vorkommen, noch besonders wo die Zechenverwaltungen sonst nicht genug mit Wohlfahrtseinrichtungen vor der Öffentlichkeit prahlen. Hoffentlich wird die Verwaltung in Zukunft einen Förderwagen als Transportmittel für Verwundete nicht mehr verwenden.

**Gehe Roland.** Wenn man auf diesem Blatt anfängt, ist Vorsicht vonnöten. Unten am Schacht hängen an allen Ecken und Enden Drähte imher, daß man nicht geben muß, nicht wie ein Starnkel gesangen zu werden. Am Hilfslot hängen die Stühre so niedrig, daß man mit gebückt mit den Wagen darunter herkommen kann. In der Pferdehahn fehlen 2—3 Hölder, Steinklöze hängen oben, doch Steiger und andere Beamte spazieren darunter her, als wenn alles in schönster Ordnung wäre. In den Revieren fehlen in verschiedenen Wettertilen die Bekleidungen, auch schließen manche nicht. Zu wundern braucht man sich nicht, wenn es an manchen Dörtern zu warm ist. Auch das Wetterfuch an den Ueberhäusern könnte etwas sorgfältiger angebracht werden. Wetterbeschlede oder Wetterführung scheint man hier an manchen Ueberhäusern nicht zu kennen. Ein Fahrtsücher ist hier das reinste Alpengebirge. Steine, die aus dem Hangenden fiesen, liegen herum, mit dem verbauen sieht es schlecht aus, auch faule Hölder kann man wahrnehmen. Jeder scheut sich, da durchzufahren. Es werden deshalb die Berge befahren und sogar auf einer Sohle nach obengu gehen die Kramerkaben unter der Sellscheibe her. Auch für Reservelampen könnte besser gesorgt werden. Die Arbeit der Lampen dürften besser gereinigt werden. Also mehr Licht. Herr Betriebsführer, darin kann man eher keine Kohlen liefern, auch ohne Prämiedinginge. Auf altenkunst wird nicht mehr gesucht ist. Das Licht vom Fackel

Auch glauben wir nicht, daß es erlaubt ist, den Schacht von Schacht-hauern mit offener Lampe befahren zu lassen; dabei noch ein Monteur mit einem glühenden Ring, der für die Maschine auf der flinsten Sohle bestimmt war. Wenn hier ein Brand ausbräche, was sehr leicht passieren kann, da die Spurlatten mit Fett getränkt sind, wie rettet sich die Belegschaft, da der Luftschacht nicht passierbar ist? Auch fehlen Taschen, die dem Neuankommenden zeigen, wo er den Weg zur Rettung finden kann und sich nicht verlässt. Die Brausen in der Waschstube könnten besser funktionieren, nicht daß man mit den Holzschuhen an die Röhre klopfen muß, wie Moses mit seinem Stab an den Felsen, wobei wir gewöhnlich noch nicht einmal erhört werden. Möchten die Indifferenter hier aufwachen und sich der Organisation anschließen, dann werden auch hier die Zustände besser werden.

# Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Leopoldshäuser Ver. Chemische Fabriken.** Löhne von 2,80 M $\ell$ . pro Schicht sind hier auf der Säurefabrik keine Seltenheit. Nebenstunden und Sonntagsarbeit müssen hier herhalten, um noch ein paar Notpfennige zu schaffen. Man ist nicht allein durch die Not gezwungen, diese Nebenstunden zu machen, denn wollte man sie verweigern, könnte man auf das Pflaster fliegen. In dieser Hinsicht ist mit Herrn Direktor Sauer und dem Fabrikmeister R. nicht zu spaßen. Es wird die höchste Zeit, daß sich immer mehr Kameraden der Organisation anschließen. Nebenschichten können die erbärmlichen Löhne hier nicht besser machen, sondern durch das übermäßig lange Arbeiten treten Krankheiten und als deren Folge Tot und Elend auf. Organisation ist das Wort, das wir den hiesigen Kameraden immer wieder zurufen müssen. Hinein in den Verband, dann werden schon andere Verhältnisse Platz greifen.

**Grube Meierstollen.** Am Montag nachmittag verunglückte in dem Förderstollen der Steiger M. J. u. d. Derselbe soll angeblich einen

Seinbruch ersitten haben und mußte mittelst Gesicht nach dem Krankenhaus transportiert werden. Das menschliche Gefühl empfängt sich, wenn man Augenzeuge von so einem Krankentransport ist. Auf einem gewöhnlichen Bretterwagen und einem Bünd Stroh gebettet, werden die Verunglückten den langen Weg von circa  $\frac{3}{4}$  Stunden transportiert. Gewöhnlich laufen noch obendrein eine Schar Kinder hinterher, um ihre Neugierde zu befriedigen. Bei den schweren Unglücksfällen, die vorkommen, wo der Verunglückte schon genug Schmerzen zu erdulden hat, muß er auch noch die harten Stöße ertragen, die der Transport auf so einem Bretterwagen bei den schlechten Straßenverhältnissen mit sich bringt. Es ist schon vorgewinnbar, daß nicht einmal ein Wagen vorhanden war und der Verunglückte längere Zeit darauf warten mußte. — Um Mittwoch vormittag verunglückte auf demselben Werke der Arbeiter Skaminski; derselbe war erst zwei Tage dort beschäftigt. Skaminski stürzte beim Rangieren von einer Sandlore ab und kam mit den Beinen unter dieselbe zu liegen, wobei ihm die Wade vom Unterschenkel abgefahren wurde. Hier wiederholte sich derselbe Krankentransport, der arme Verunglückte stöhnte unter den Schmerzen, welche er erleiden mußte. Der Verunglückte mußte aber die Schmerzen doppelt ertragen; als man am Krankenhaus angelangt war, wurde er nicht aufgenommen, nun mußte man zu Herrn Dr. Klonisch fahren; auch dort fand derselbe von seinen Leidern keine Erlösung, sondern man schickte ihn zu Dr. Hecht in Ann und von da aus wieder in's Krankenhaus. Einem schwer Verunglückten auf solche Weise zu transportieren, ist himmelschreidend, die öffentliche Meinung und das menschliche Gefühl werden dadurch auf's größte verletzt. Es wäre wünschenswert, wenn endlich mit derartigen Krankentransporten aufgeräumt würde. Der Arbeiterausschuß sollte seine volle Kraft einsetzen, daß auf den Gruben ordentliche Krankenwagen angeschafft würden. Wenn es möglich ist für die höheren Beamten Equipagen anzuschaffen, damit sie von ihrer Villa nach dem Grubenkontor gelangen, muß es auch zu einem ordentlichen Krankenwagen ausreichen. Arbeiter sorgt dafür, daß menschliche Zustände auf den Gruben einzuhören. Schließt sich der Organisation an, dann wird man schon euren Forderungen Rechnung tragen. Sucht nicht vor Heil in dem elenden Fusel, sondern in der Organisation, dann wird es schon besser werden.

**Rechtmässig Braunkohlenwert.** Hier wird sehr über den Brikettsmeister H. geklagt. Die Behandlung, die dieser Herr den Arbeitern widerfahren lässt, soll alles zu wünschen übrig lassen. Auch sind verschiedene Arbeiter der Meinung, daß ein Guinneschlauch nicht zu den Ausrüstungen eines Brikettsmeisters gehört. Doch der Wahrheit die Ehre, so Herr P. die männlichen Arbeiter im Wagen liegen hat, die weiblichen behandelt er desto liebenswürdiger, sodass diese wieder über zu viel Liebebevürdigkeit klagen. Auch die unteren Beamten können sich mit H. nicht besonders befriedigen. Zumal es doch unlängst vor, daß, als der gemütliche Herr einen Vorarbeiter mit aller ihm angeborenen Strenge behändeln wollte, dieser kein Verständnis dafür zeigte, sondern ihn in den Finger biss. Verdenken kann man dies dem Vorarbeiter nicht, denn selbst der Wurm frisst sich, wenn er getreten wird. Die Kameraden hier mögen das Fusseltrinken sein lassen; sich lieber der Organisation anschließen und für Einigkeit sorgen; dann werden auch bessere Verhältnisse einzischen und vorurteile Beante werden weichen müssen. Deshalb fort mit dem die Arbeiterschaft und das Familienleben schädigenden Fussel. Meint ja die Organisation!

## Oberbergamtssbezirk Breslau.

**Ferdinandgrube (Oberschlesien).** Der Arbeiterausschuss hatte vor einiger Zeit für die Belegschaft eine Lohnerhöhung beantragt. Anstatt sich auf diese Forderung einzugehen, fragt der Herr Direktor die Kameraden, ob sie auch wissen, was 20 Prozent bedeute. Er wolle noch mit dem Herrn Generaldirektor darüber sprechen und in der nächsten Ausschusssitzung endgültigen Bescheid geben. Die Sitzung hat am Montag den 28. Mai stattgefunden, aber der Bescheid des Herrn Generaldirektors kam nicht. Auf eine diesbezügliche Anfrage eines Ausschussgliedes ruht der Herr Direktor, warum sich der Mann so dafür interessiere. Dieser erklärte: „Unsere Kameraden wollen wissen, was mit dem Antrag geworden ist, ob sie die notwendige gewünschte Lohnerhöhung erhalten?“ Darauf antwortete der Herr Direktor: „Ja, da will ich Euch kurz und bündig erklären, daß der Antrag abgelehnt ist.“ Weiter teilte er mit, daß die Dauerlohnne im Monat durchschnittlich 4,87 Mk. betragen, also hoch genug seien; wollte die Verwaltung die Löhne allgemein um 20 Prozent erhöhen, so müßte die Grube stillgelegt werden.“ So vertritt Herr Direktor. Jetzt wollen wir sehen, wie sich die Sache in Wirklichkeit verhält. Zu diesem Zweck werden wir nachstehend aus dem eigenen Bericht der Verwaltung der Ferdinandgrube für das vergangene Jahr folgende Zahlen angeben. In Klammern folgen wir dieselben Zahlen für das Jahr 1904 bei. Sämtliche Kohlen sind Durchschnittskohlen. 2512 (2577) Arbeiter verführen 720 000 (738 845) Schichten, d. h. jeder 28,7 (28,5) im Jahre. Au Löhnen wurde im ganzen ausgabt 2 482 085,00 Mk. (2 487 000,00 Mk.), das ist pro Mann jährlich 188,07 Mk. (197,68 Mk.) oder 8,44% (8,98%, Mk.) pro Schicht. Kohle wurde verkauft für 5 753 086,00 Mk. (4 881 603,00 Mk.). Nach dieser Ausgabe förderte jeder Arbeiter im Jahre für 2210,69 Mk. (1894,29 Mk.) Kohle; oder täglich für 7,08 (6,65 Mk.). Der Stohlenpreis ist von 7,77 Mk. im Jahre 1904 auf 7,98 Mk. im Jahre 1905 gestiegen. Die Durchschnittsleistung pro Mann und Schicht ist von 20 Gr. 4 Pfd. auf 22 Gr. 28 Pfd. gestiegen. Ob die Beamtenlöhne gestiegen sind, wissen wir nicht, aber daß hoch hoher Abschreibungen die Dividenden der Aktionäre der Rottweiler Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenbahnbetrieb gestiegen sind, das stand unlängst in allen Zeitungen. Zur Zeitung und Aussicht des Betriebes fungieren 31 Beamte, 83 Dampfmaschinen, Dynamos und Elektromotoren mit zusammen 12 949 Pferderästen erhalten das Werk im Gange; außerdem sind über und unter Tage 146 Pferde. Außer dem Arbeitslohu der Arbeiter verblieben der Verwaltung im ganzen 2 271 051 Mk. Das macht pro Arbeiter jährlich 802,52 Mk. oder pro Schicht 4,54 Mk. für Erhaltung und Ergänzung des Betriebes, für Beamtengehälter und Unternehmergewinn. Werde der Arbeiter pro Schicht 50 Pfennige mehr verdienen, so bleiben der Verwaltung immer noch jämlich 2 Millionen Mark für die oben genannten Zwecke, die Aktionäre hätten ihre (wenn auch nicht ganz schon) Dividenden, die Beamten hätten auch ihre Gehälter und der Betrieb braucht nicht — wie der Herr Direktor sagt — stillgelegt zu werden; er würde noch besser gehen wie jetzt. Bemerkt nun noch werden, daß in diesem Jahre die Tonne Kohle um 50 Pf. teurer, also der Gewinn in noch größerer ist, als im Vorjahr, und trotzdem erklärt der Herr Direktor kurz und bündig, daß der Antrag um Lohnerhöhung abgelehnt ist. Kameraden! Der Arbeiterausschuss hat seine Pflicht getan, jetzt liegt es an euch, ob ihr euch so weiter behandeln lohnt oder nicht. Wenn es jetzt noch nicht einleuchten will, daß er in den Verband eintreten will, um seine Lage zu verbessern, der ist mit schuld daran, daß ihr bei seiner schweren Arbeit so miserabel entlohnt werdet. Kameraden, hebt euch einen Artikel auf und verwendet ihn in der Agitation, damit jeder Bergmann der Ferdinandgrube erfährt, wie die Dinge liegen. Hinein in den Verband!

## Berichtigungen.

**Zeche Nordstern.** Die Verwaltung des Steinkohlenbergwerks "Nordstern" sendet uns folgende Berichtigung: „In Nr. 21 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 20. Mai 1905, Seite 4, befindet sich eine Notiz unter dem Kennworte: Zeche Holland, Schacht III und IV. Mit Bezug auf § 11 des Reichspreisgesetzes fordern wir Sie auf, folgende Berichtigung zu bringen: „Es ist nicht richtig, daß den Mitgliedern des Arbeiterausschusses eine Vergünstigung bezüglich der Ein- und Aussicht zuteil geworden ist. In der Reihenfolge, in der die Arbeiter einfahren, fahren sie auch wieder aus. Wegen des Vorkommnisses bei der Abschlagszahlung, daß noch nicht gewaschene Arbeiter ihr Geld bekamen, ist zu bemerken, daß strenge Anordnung erteilt wurde, damit ein solcher Fall nicht mehr vorkommt. Es ist nicht richtig, daß die „Schuhversteige“ im Schacht III derart bestellt ist, daß man sich auf sein Ende vorbereiten muß, ehe man sie betritt. Zur oberen Hängebank führt eine eiserne Treppe, zum Keller nach der 5. Sohle eine ordentliche Fahrt. Ergebenst Kettengesellschaft Steinkohlenbergwerk Nordstern.“ (Unterschriften unlesbar.)

**Grube Almenz-Friede.** Die Verwaltung genannter Grube sendet uns folgende Berichtigung: In Nr. 22 Ihres Blattes vom 2. Juni 1905 findet sich eine Notiz unter der Rubrik „Sliddeutschland und Reichsland“, welche die Grube Almenz-Friede betrifft. Die darin enthaltenen Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. Der Bergarbeiter, dem er 8 Mark Gehähe abgezogen wurde, hat innerhalb fünf Monaten eine hohe Anzahl ihm übergebener Geräte verloren, weil er dieselben nicht, wie vorgeschrieben, in einer verschließbaren Werkzeugkiste aufbewahrt. Nach § 8 der Arbeitsordnung haftet jeder Arbeiter mit seinem Lohn für die gute Aufbewahrung der ihm überlieferten Werkzeuge. Wird ein Gegenstück später wiedergefunden, so wird es dem betreffenden Arbeiter rückvergütet oder zurückgestattet. Die Abmilderung des genannten Arbeiters erfolgte, weil derselbe im allgemeinen nicht zur Zufriedenheit vertrat.

Grubenverwaltung.

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Bochum.** Allerlei „christliches“ und „überchristliches.“ Nachdem Effert auf dem internationalen Kongreß den Teilnehmern erzählte, daß Körner wegen des Cottonbesuches stark getadelt worden sei, meldet sich Herr Körner in eigener Sache im „Bergknappen“ und bestreitet einen Tadel bekommen zu haben. Man könnte nun mehr fragen: Wer sagt die Wahrheit, Effert in London oder Körner im „Bergknappen“? Für uns ist die Hauptache, daß Körner seinen Streitgerberbesuch damit entschuldigt, daß er nicht gewußt habe, wer Cotton sei, und auch keine Adressen von französischen Bergarbeiterführern besessen habe, um diese aufzusuchen. Wir wollen diesmal nicht so sein, wir würden wir ihm die Nummer 14 des „Bergknappen“ zitieren, wo Herr Körner sehr gut wußte, wer Cotton ist, und auch keine Veranlassung hatte, nach Adressen von sozialdemokratischen Bergarbeiterführern zu suchen. Wir glauben Herrn Effert betreffs des Tadels und hoffen, daß er gewirkt hat und auch in Zukunft seine Wirkung nicht verlieren wird. Vielleicht geht der Vorstand des „christlichen“ Gewerbevereins, nachdem die Delegierten in London mit den für ihr Recht kämpfenden russischen Bergarbeitern sympathisiert haben, noch etwas weiter und spendet auch dem Doktor seines „Gornik Polski“ das gebührende „Lob“ für den Artikel am 30. Oktober 1905. Zwei Richtungen wird es doch im „christlichen“ Gewerbeverein nicht geben, eine Efferttsche, die mit diesen unterdrückten Arbeitern sympathisiert, und eine Büchnerische, die diese Arbeiter als „Budenbengels“ titulierte und Revolverschüsse als Mittel zu deren besseren Fortkommen empfiehlt. Unter der Woche Zeche Ewald meint der „Bergknappe“ wieder einmal das Berggesetz verteidigen zu müssen. Man sieht darans, daß Körner die schriftstellerische Tätigkeit seines Kollegen nicht verfolgt, sonst müßte er doch wissen, daß derselbe im „christlichen“ Zentralblatt schrieb: Die Bergarbeiter waren nach der Einführung des neuen Berggesetzes erst dann zufrieden, als verschiedene Grubenverwaltungen erklärt hatten, wir lassen alles im alten. Ferner lesen wir in derselben Notiz: „Man trägt sich mit dem Gedanken, einen Beitrag zu erheben, um den Schwund der Feste (Unterstützungsfasse) zu beseitigen und ist dieser Gedanke auch schon in den Sitzungen des Arbeiterausschusses zum Ausdruck gebracht und von

sterben einer Hochstelle bevorsteht. Unter der Marke Grube Diepenbrück steht ein Bericht von dort, wonach Wetterläden von Arbeitern demoliert wurden. Fensterscheiben mußten ihr durchschlagendes Dasein lassen usw. Hier scheint man keine terroristischen Verbändler gefunden zu haben, denn es heißt im „Bergknappen“, jedenfalls seien es Unorganisierte gewesen. Herr Kaplan Weinannd hätte hier ein dankbares Feld, diesen verstoßenen „Christen“, die sich keiner Organisation anschließen, den Höllenzeug zu lesen. Die Molla „Gewissen als Unternehmertageblatt“, die vom Kürup aus seiner Zentrumsausschnittmappe in den „Bergknappen“ lanciert wurde, haben wie schon in der letzten Nummer unserer Zeitung widerlegt. Es nimmt uns ja kein Wunder, daß man solche Märchen ein halbes Jahr lang widerhält, jedenfalls aus „Freude“ darüber, daß die holländischen Kameraden gar keine Lust an einer „christlichen“ Organisation bekommen wollen. Auf Grube Sibylla bei Frechen soll der Vertrauensmann von uns nach dem „Bergknappen“ in zwei Tagen 17,50 Mark herausgeschustet und dadurch das Gedinge verdorben haben. Wir wollen nicht auf dieses Gedicht eingehen, sonst könnten wir den „Bergknappen“ verschiedene sehr „christliche“ Schnäcker und Gedingeverbrecher nennen. Wer die Löhne auf Grube Sibylla kennt, dem bleibt nichts anderes übrig, als zu sagen, nun, hier hat der „Bergknappe“ einmal wieder einen Stetten gemacht, das glaubt ja noch nicht einmal der störmste Sigillauer. Ferner gibt der „Bergknappe“ zu, daß es beim „christlichen“ Gewerksverein Mitglieder gibt, die seine Marken lieben, sondern doch in Vo ch u in - H a m m e mit dem Wörtchen „stark“ im Mitgliedsbuch alles im Lot ist. Mette Geschäftsführung! Unser Bezirksleiter Joachim im Lohnrevier scheint dem „nationalen“ Verbändvernichter schwer im Magen zu liegen, soll der selbe doch nach dem „Bergknappen“ das „Verbrechen“ begangen haben und mit Wollgarn gereift sein. Vielleicht kann sich der „nationale“ Mann ein Stäubel, es braucht nicht gerade Wolle zu sein, und gebraucht das Gefäusse dazu, seine arbeiterzerstörende Tätigkeit damit abzubühen. Um seinen Lesern das „rapide Aufwärtssteigen“ des „christlichen“ Gewerksvereins in etwa zu erklären, schreibt der „Bergknappe“ unter Wettenscheid, daß Verbändler „christlich“ werden wollten, aber andere „böse“ Verbändler hätten die Verbandsbücher den Leuten abgenommen, deshalb könnten diese Männer nicht in die Reise des Gewerksvereins kommen. „Schlimme“ Verbändler, wenn der Gewerksverein einmal zwei Mann zuwachs bekommen könnte, die er jedenfalls auch sehr nötig hätte, macht man solche Geschichten. Unser Weileib. Das Kreisamt Stadthagen, Vlora Luxemburg usw. immer wieder in den Spalten des „Bergknappen“ angegriffen werden, nimmt uns kein Wunder, kennen wir doch die streng „neutrale“ Haltung des christlichen Gewerksvereins. Vielleicht hat man in England im Verkehr mit den Delegierten anderer Länder doch eine bessere Einsicht bekommen und bringt auch einmal etwas über die Haltung verschriebener Zentrumslente. Wir könnten dem „Bergknappen“ da allerhand vorschlagen, z. B. der Wisselkampf Benzler und der Friedhof in Hamm, der pensionierte Brüst und sein Einkommen, Gobbe in Moersbrücken usw. Vielleicht benutzt der „Bergknappe“ einmal diese Daten und zeigt, daß es ihm mit Arbeiterversetzung und Neutralität ernst ist. Natürlich muß den Mitgliedern auch im „Bergknappen“ gezeigt werden, was im Siegerland alles geleistet wird. Tazu gehört auch, daß der dortige „christliche“ Sekretär vom 1. Mai 1903 bis 1. Mai 1906 fünfhundertundfünfzig Kilometer zu Fuß zurückgelegt habe. Eine Leistung sondergleichen. In einem Monat ist also dieser Mann etwas über neun Stunden gelaufen. Hoffentlich wird er nicht zu mager dabei, denn er würde es sonst, wo ihm die „Siegener Zeitung“, das amtliche Kreisblatt, schon keine Ruhe läßt, nicht lange mehr aushalten. Bedauert sich Herr St. bei seinem Freund Sch., der die „nationalen“ Männer zum Kampfe gegen die Organisation im Lahngebiet auffordert. Ja, wer andern eine Grube gräßt, fällt selbst hinein. Hoffentlich bringt der „Bergknappe“ in seiner nächsten Nummer wieder einige Spalten, die für uns und unsere Mitglieder amüsant sind, denn ernst können wir ihn absolut nicht mehr nehmen. Wer aus dem Vorwärts Zitate aus dem Zusammenhange herausreißt, um dadurch Uneinigkeit zu säen, ist entweder ein Schwindler oder ein Dummkopf, und beide sind nicht ernst zu nehmen.

Altendorf (Ruhr). Der Knappschaftsälteste Hiegemann richtete im Mai im Auftrage der Frau H. Eggemann eine Beschwerde an den Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum über den Oberältesten Pohlmann in deren Wohnung, der Mann derselben befand sich im Krankenhouse. Er führte dort solche Redensarten, daß die Frau froh war, als er wieder seines Weges ging, worauf sie sich bei Hiegemann beschwerte. Dieser gab als Knappschaftsältester die Beschwerde an den Knappschaftsverein weiter. Doch der Knappschaftsverein teilte in einem Schreiben mit, daß er keine Veranlassung habe, den Herrn Pohlmann zu tadeln. Wir sind doch neugierig, ob P. dazu angestellt ist, Frauen, deren Männer abwesend, d. h. im Krankenhouse sind, zu besuchen? Warum machte auch P. der Frau G. Vorhaltungen, daß ihr Kind, welches er draußen vorher getroffen, mit in die Stube kam? Ist es ferner Herrn P. vorgeschrieben, die Frauen nach der Zahl ihrer Kinder zu bestimmen? Auch glauben wir, daß man einen Mann, der im Krankenhouse ist, nicht Faulenzer nennen darf. Hoffentlich kommt dies nicht mehr vor.

**Bottrop.** Unlängst wurde der Bezirksleiter Kamerad Tuszynski im „Bergknappen“ angegriffen, indem man ihn beschuldigte, Leute flüdgs Ruhrgebiet angeworben zu haben. Kamerad Tuszynski schreibt hierzu: „Ich kann mir wohl denken, wer diese Lügenmär verbreitet hat. Als ich von einer Agitationstour durch Niederschlesien nach Hause fuhr, und auch in Gottesberg etliche Stunden verweilte, hing sich der Vertragsmann vom christlichen Gewerbeverein der Bahnhofstelle Eigen wie eine Klette an mich, indem er wie ein Skameel in der Wüste getränkt sein wollte. Ich gab endlich ein Glas Bier aus und wir unterhielten uns dabei über den Streik in Mitteldeutschland. Dabei erklärte ich dem Mann, daß die Leute auswandern wollten, trotz Abreisen der Streisleutung. Es hieß aber nichts mehr, sie zurückhalten zu wollen, da sie schon einen Agent angeworben habe. Diese Worte scheint nun der „christliche“ Mann umgedreht und an den „Bergknappen“ eine der bekannten „christlichen“ Erfindungen gesandt zu haben. Ich wollte erst gar nicht auf die Untempelung des „Bergknappen“ sowie des B i e t r y f r e u n d e s „Gornit Polski“ antworten, da es für die Bergarbeiter nur zum Schaden ist, wenn die Polemiken in scharfer Art so weiter geführt werden. Da es aber verschiedene „Größen“ des Gewerbevereins nicht unterlassen könnten, das ihnen ausgebündnete Wätzchen zu verbreiten, so diene vorstehendes zur Steuer der Wahrheit.“ \*

**Bysang.** Wir möchten die Mitglieder ersuchen, die Zahlstellenbesprechungen besser zu besuchen. Wir haben jetzt ein Lokal zur Verfügung, und ist es Pflicht aller Kameraden, daß sie für guten Besuch der Zahlstellenversammlungen sorgen. Meidet jene Wirts, die uns ihr Lokal verweigern, verlebt bloß bei denen, die mit uns sympathisieren und uns ihr Lokal zur Verfügung stellen.

**Grelsenbruch.** Dass die freie Herzterwahl hochmütig ist, zeigt wieder folgender Vorfall: Der Kamerad H. hatte eine durch Verletzung hervorgerufene Entzündung am Arm. Herr Doktor D. überwies den Kranken am 21. April in das Krankenhaus. Nach dreiwöchentlicher Kur wurde derselbe auf Verlangen aus dem Krankenhouse entlassen und kam wieder in die Behandlung des Herrn D. Am 19. Mai wurde der Verletzte erwerbsfähig geschrieben, trotz seines Einspruchs, dass er im Arm noch keine Kräfte und auch noch Schmerzen habe. Der Arzt entgegnete ihm, dass der Arm bis auf etwas Schmerz heil sei, dass ihn der Kamerad auch bewegen könne und sehen solle, dass er Arbeit bekomme, da er, also der Herr Doktor, es nicht länger mit ansehen könne. Der Kamerad ging arbeiten, die Folge davon war, dass der noch nicht ausgeheilte Arm wieder aufgestoßen wurde und der Verletzte nun mit offenem Arm weiterarbeitet. Wäre die freie Herzterwahl, würden so manche Arzte etwas mehr Rücksicht auf ihre Patienten nehmen.

**Günningfeld.** „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Dies schöne Wort scheint der evangelische Arbeiterverein bei dem Begräbnis unseres alten Kameraden Schreyeck vergessen zu haben, der zugleich Mitglied des evangelischen Arbeitervereins und unseres Verbandes war. Da die Altverbändler dem Verlangen der evangelischen Arbeitervereinler, hinter dem Sarge zu gehen, keine Rechnung trugen, gingen diese „Christen“ nur ein Stück Weges mit ihrem Posauenchor mit, dann schien auf einmal ihre Nächstenliebe weggeblasen, denn sie ließen um und verschwanden in einer Wirtschaft. Doch gab es auch noch Mitglieder, die in solches Gebaren bei einer Beerdigung nicht verstehen konnten und mit den Verbändlern bis zur Beendigung der Leichenfeier zusammenblieben. Wir besuchten nun die Wirtschaft, wo unsere „lieben“ evangelischen Arbeitervereinler sich von ihrer Unterei erholteten und sie empfingen uns auch wirklich, nämlich der Posauenchor, mit seinem Lieblingschoral „Alle Vögel sind schon da!“ Da wir die Vögel schon in ihren Federn kannten, hätte es dieser Erinnerung nicht bedurft. Vielleicht können uns die Posauenenengel sagen, ob die Blasenute, die einmal beim Wirt Al. in Horn und Bier umgelegt wurde, schon abgeholt ist? Es brauchte nicht mehr dieses schossen Vertrags bei der Beerdigung, denn während des Sterns haben wir erkannt, nach Gottes Güte sie alle dieser evangelischen Arbeitervereinler und verschiedene Kameraden

und die Augen geschaut werden und sie haben weder eine Lust, einem solchen Kameraden anzuhören.

**Schlesien.** In einer Versammlung des Knappenvereins wurde ein Antrag angenommen, daß jeder Knabe verpflichtet sei, die "Weltbeurteilung" zu abstimmen. Bei dieser Gelegenheit söhnte der Vorsitzende folgendes aus: "Der Knappenverein vertrete nur lediglich kleinliche Siede und es wäre darum zwecklos, daß noch Mitglieder des Vereins dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands angehören." Der Knaben erwiderte nun: "Um die Namen dieser Mitglieder mitzutragen, das soll denn wohl mit diesen Kameraden geschehen, sollen sie aus dem Knappenverein geworben werden, wenn sie nicht vom Verband lassen wollen." Dann kann ein Verbandsmitglied nicht einzutreten, aber vielleicht noch im besseren Christ sein als so mancher Gewerkschaftler? Leider hielten wir es für sehr groß Thes, einem Verein anzugehören, der Streikrechte in seiner Macht befreit. Die Kameraden werden mit Freuden aber dem Knappenverein den Rücken lehnen, als auf dem Wertheinde austreten.

**Schlesien.** Um 22 Uhr erhielt der Bergmann Ma n g a zwei Wagen Brandkloben. Das "christliche" Ausschusssmitglied F. z. Schmitz kam grade vorbei, als der Mann eine Kohlen empfing und erklärte demselben: "Gasse ich die Kohlen liegen, Du bekommst zwei Wagen dabei, hol sie mir schon losen." Schmitz hatte nämlich entdeckt, daß ein paar kleine Schieferplatten zwischen den Kohlen lagen. Es kommt dies sehr häufig vor, besonders bei einem Ort, als schwäbischen Mittelberg. Schmitz ging nun zum Betriebsführer und meldete ihm, daß er zwei Wagen Kohle geholt habe, wo mindestens ein paar Scheffel Steine dabei seien, er wolle auch die Nummer, die sie gekauft hätten. Der Betriebsführer ließ nun die betreffende Kramerschaft zu sich kommen, um die Sache zu untersuchen. Auf Antrag der Kameraden gingen ein Beamter des Bezirks Osterfeld sowie mehrere Mitglieder des Gewerkschaftsvereins zu Rang, um die Kohlen zu untersuchen. Der Beamte mußte aber erläutern, daß die Kohlen rein seien, und die ihn begleitenden Gewerkschaftler machten in drückendem Ausdruck ihrem Erstaunen Luft über ihren Missgeschick. Von einem der Hauer wurde Schmitz zur Rede gestellt und sagte wörtlich: "Söfft ich gemüht, daß Du dabei warst, hätte ich es nicht gemerkt." Im "Bergknappen" sucht Schmitz sich nun rein zu machen, doch die Mitglieder des "christlichen" Gewerkschaftsvereins rufen, daß sie von dieser Mahnwache zu halten haben. Man braucht natürlich nicht gegen den Ausschuss zu gehen, was wir ja nach dem "Bergknappen" tun sollen; derselbe sorgt aus eigenen Kräften für seine Unbefriedigung. Nur so weiter, den Kugeln haben wir davon, indem so manche Kameraden uns überreden. Dank ihres voriglichen Ausschusses.

**Rödinghausen.** Es ist schon sehr oft den Kameraden bringend an's Herz gelegt worden, doch die sogenannten Altmännervereine zu meiden, ebenso auch die Unterstützungsvereine, weil dieselben nur unseren Interessen entgegenhandeln und unsere Freiheit geradzu mit Füßen treten. Letzteres ist an folgendem Fall wieder deutlich genug zu sehen. Ein Kamerad von hier war Mitglied des hiesigen evang. Arbeiter- und Bürgervereins seit 1904. Am 29. April wurde er gefragt, ob er Mitglied des alten Verbandes sei, was er bejahte. Nun wurde ihm nahegelegt, doch aus dem Verbande auszutreten, er lehnte aber dieses Unsinne ab. Am 16. Mai erhielt er nun folgendes Schreiben: "Da Sie in der Vereinsversammlung am 29. April sich öffentlich zum alten Verband als Mitglied bekannt haben, so hat die Vereinsversammlung einstimmig beschlossen, Sie von heute ab nicht mehr als Mitglied betrachten zu können." Daraufhin bat der Kamerad den Vorstand per Einschreibebrief aufgefordert, ihm die gezahlten Beiträge binnen 14 Tagen zurückzuzahlen, wodrigens er fragbar würde. Ungefähr einen Monat später wurde er vom Vorstand des Vereins auf der Strafe gefragt, ob er schon Antwort auf sein Schreiben erhalten hätte, da dies noch nicht geschehen, wurde ihm nahegelegt, ein Schriftstück anzuerkennen, wonach er sich verpflichtet, dem alten Verband fernzubleiben, dann wollten sie ihn weiter als Mitglied anerkennen. Dieses Unsinne wurde von ihm ganz energisch zurückgewiesen und ist derjelle dem Verbande treu geblieben. Also überall Verbandsstädte, aber je mehr Feinde, desto mehr Frei.

**Westenfeld.** Den Kameraden der Bahnhofsstelle Westenfeld zur Nachricht, daß der neu gewählte Kassierer H. o c h - Westenfeld, Hauptstraße 81 die Haushaltsgeschäfte übernommen hat, und daß französische Kameraden sich bei ihm melden müssen, da derselbe auch den Haushaltsgesellschaftsausschuss auszahlt.

## Oberbergamtbezirk Bonn.

**Burbach.** Der Streit auf der Burbacher Höhe, der vom "christlichen" Metallarbeiterverband geführt wurde, hat mit einer gänzlichen Niederlage geendet. Überall hört man Stimmen laut werden, waren mit dem freien Metallarbeiterverband angeschlossen, niemals wäre es so weit gekommen, daß wir unter solchen einträchtigen Bedingungen die Arbeit aufzugeben müssten. Erst große Worte, dann überläßt man uns bedingungslos dem Unternehmertum. Das einzige Gute an der ganzen Bewegung ist, daß die hiesigen Arbeiter eingesehen haben, daß sie sich organisieren müssen, aber nicht in Berücksichtigung zu bringen. Deutlicher Couleur, sondern in starke Verbände, ohne Unterschied der Partei und Religion. Wenn erst die Stimmung hier wieder ruhiger ist, werden diese freien Verbände auf starken Mitgliederzusammensetzung zu rechnen haben.

**Wesel.** Die siehe Polizei gibt sich alle Mühe, uns den Bezug von Versammlungen zu ersparen. Um ersten Pfingsttagen waren wir bei einem Wirt, der uns sein Kloß in Aussicht gestellt hatte. Nun erklärte er uns, aber, er würde es gerne tun, doch der Herr Wachtmüller sei bei ihm gewesen und habe es ihm verboten, andernfalls würde es für ihn Folgen haben. Was für Folgen, konnte der Wirt sehr leicht erraten, da er zugewandert zweimal in Strafe genommen wurde, weil der Sturm die Lampe vor der Tür ausgeschlagen hatte und die Polizei dafür sorgen mus, daß es überall helle wird. Doch alle Siebzehn verschiedene Herren wird umsonst sein, wenn man dem "christlichen" Gewerkschaftsverein noch jordi Vorwurf leistet und uns vernichten möchte; die hier ausgebreitete Saat geht auf und bringt gute Ernte.

**Wekler.** Herr Obersteiger H e i l scheint ständiger Gast in unserer Zeitung werden zu wollen. Die Kameraden, welche am Streit beteiligt waren, wurden mit Ausnahme eines einzigen, ohne ärztliche Untersuchung wieder eingestellt. Als nun dieser Kamerad antrug, warum gerade er sich unter ihnen lassen müsse, erklärte man ihm, er befände eine neue Knapposchiffsummer. Dieses wäre nun gleichbedeutend mit der Entnahme von 18 Jahren gezahlter Knapposchiffsummen. Der Kamerad weigerte sich nun, dem Antrag auf ärztliche Untersuchung Folge zu leisten. Darum erklärte Herr H e i l dem Manne, daß er am 8. Juni entlassen sei, trotz 14jähriger Rücksicht. Weilelei spricht die Bergbehörde einmal ein Wörter mit dem Herrn Obersteiger.

## Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.

**Elgershausen.** Am 11. Juni fühlte sich Herr Conrad endlich hemmlos durch Herrn Jugendmeister Siebert mit uns zu verhandeln. Der Streit hat mit dem Erfolg von 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde durch die Verhandlungen sein Ende erreicht. Es heißt jetzt rauslos weiter arbeiten, auf das Blatt für Mann der Organisation beitreten, damit das Erechte nicht wieder verloren geht, sondern wir unsere Lage immer mehr verbessern.

**Elgershausen.** So lange der Arbeiter sich das Fell über die Ohren ziehen läßt, hört man nichts von einer Einstellung des Betriebes, solange aber der Arbeiter zur Errichtung seiner Kleidungsstücke kommt und etwas mehr Lohn verlangt droht man mit der Stilllegung des Betriebes, um den Arbeiter einzuschüren. Dasselbe versucht auch Herr Conrad. Nur bei Kleinbahn arbeitet, sagt er, wie er sich ausdrückt, den Gußstein noch im Betriebe. Der hiesigen Arbeitern will man keine 300 Mark bezahlen können, den Kunden verfügt man über Leute als Betriebsarbeiter heranzuholen, wozu man einen 5-60 Mark verpflichtet. Daß alle diese Mittel nutzlos seien, niemand läßt sich dadurch zu Betriebsabschluß neines, da die Auswärtsarbeiter sehr gut wissen, daß nur während des Streits dieser Zahl bezahlt wird. Ist er aufgedeutet, könnten die Leute, die ihren Arbeitsbrüder in den Kunden stellen, wieder losziehen, wenn sie nichts für einen Schuhlaub weiter arbeiten mögeln. Berücksichtigt man, daß ein Kamerad durch Verhandlungen verloren geht, so kommt man ihm mit den wahren Sicherheit nicht zugeteilen und er geht wieder seiner Wege. Möge das Herz stift der großen Zahl Mitarbeiter die Arbeiter besser bezahlen, so wird Höhe sein und es wird am weitesten eindringen.

**Stolzlar.** Roter Staub hat die vor kurzem von der hiesigen Belegschaft des Hammelsberges eingereichte Forderung auf 10 Prozent Lohnzulage rückwärtig abgelehnt. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß, sofern man diese Forderung befürwortet, man gezwungen sei, die noch abhängig niedrigeren Löhne im Oberharzer Bergbau ebenfalls zu akzeptieren und das würde nach der ausgemachten Berechnung 500 Mil. mehr bebringen als das Unternehmen. Daher mußte die Sache — wie gründig — nochmals prä-

gesehen werden, alle jene Kameraden, welche noch dem "Schätztreten" angehören, die Leute daran ziehen, daß, wenn solch reiche Leute wie der Herr Direktor G a r t n e r und Direktor U n a r z es für nötig finden, sich zu organisieren, dies unzweckmäßig auf die armen ausgebütteten Arbeiter trifft. Die Kameraden suchen durch ihren Zusammenschluß die Rentabilität ihrer Werke zu steigern, folgen mit ihnen nach, schließen wir uns dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands an, um auch unsere Lage und Arbeitsverhältnisse zu verbessern.

## Wohnbewegungen und Streiks.

### Nachklänge zum Wottesberger Streit.

Einmal gutgefuehrt Belegschaftsversammlungen fanden am 6. und 8. Juni in Hellenthal und in Altena statt. In beiden rostierter Kamerad Th o l l - Waldenburg über die letzten Maßnahmen der Werksdirektion der Schlesischen Kohlen- und Kolbenwerke. Obwohl Direktor H a b b e r anlässlich der Unterredung mit der Wohnkommission und anderer Streikenden wiederholte bestreit, daß er gar nicht daran denkt, Leute zu maßregeln auch wenn sie an der Streikleitung beteiligt waren, so ist er doch sein Wort gebrochen. Abhänger hat alle diejenigen, welche legend an der Streikleitung beteiligt waren, nicht mehr angelegt. Dieser Wortsbruch hat begeisternderweise viel böses Blut unter den Wiedersehengen erzeugt. Dieser Unwillkommame kam so recht in den Versammlungen zum Ausdruck. Es gab sogar Arbeitende, die verlangten, daß wieder in den Streik eingetreten werden sollte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die heutige Versammlung der Belegschaftsmitglieder der Schlesischen Kohlen- und Kolben-Werke nimmt mit Entzürfung Kenntnis von den Maßnahmen der Werksdirektion, Belegschaftsmitglieder ohne irgend welchen Grund auf die Strafe zu legen. Die Versammlten wissen, daß es nur brutale Machtgeliste sind, welche hier zum Vorschein kommen. Um diese zu brechen, gelobt die Versammlung, alles aufzubieten und so lange zu agitieren, bis alle Bergarbeiter ganz Deutschlands sowie des Auslandes von diesem Treiben Kenntnis erhalten haben. Ferner gelobt die Versammlung, so lange die Arbeitsschläge zu verweigern, bis alle Gewinngestalten wieder eingestellt sind. Um diese Maßnahmen so wirksam als möglich zu gestalten, verpflichten sich die Bergarbeiter, alles daranzusezen, bis alle Mann organisiert und dem deutschen Bergarbeiterverband zugeschlossen sind."

Nachdem der Kamerad die Versammlungen aufgefordert hatte, angestrichen die Wiedersehengen keine Lieder und Nebensächliche zu verfaulen, wurden die Versammlungen geschlossen.

Die hiesigen bürgerlichen Zeitungen werden jetzt von der Werksdirektion mit Berichten und Besichtigungen bombardiert, die Verdorbenen sollen, was für ein wohlwollender Herr Direktor H a b b e r für die Arbeit hat. Zu gleicher Zeit haben sie den Zweck, die bürgerlichen Kreise über die brutalen Maßnahmen der Werksverwaltung zu beruhigen. Charakteristisch ist eine Notiz im Wottesberger Stadtblatt. In einer der letzten Versammlungen hatte ein streikender Bergmann mitgeteilt, daß heute so viele Gewinngestalte sind, daß auf der Grube Arbeitermangel besteht. In Schakow in Österreich sei ein Agent gewesen, der Leute für die Grube angeworben habe. Als aber die dortigen Arbeiter hörten, wie die Dinge auf den Schlesischen Kohlen- und Kolbenwerken lagen, haben sie beschlossen, nicht nach hier zu kommen. Hierauf schreibt das Stadtblatt: Wie wir von aufständiger Stelle erfahren, denkt die Verwaltung jetzt gar nicht daran, fremde Arbeiter heranzuziehen, weil sie erst die früheren Arbeiter ihrer Stelle unterbringen muss und froh ist, daß ihr das im Interesse der Arbeiter gelingt.

Ist dem so? Wir sagen nein! In der vorigen Woche hat man in Stolzlar in einigen Bergarbeiterställen (Arbeitswilligen), welche bisher eine Werkswohnung inne hatten, die Wohnung gekündigt, weil älterer Bergarbeiter hier angelangt seien. Wenn man schreibt, daß die Verwaltung gar nicht daran denkt, fremde Arbeiter heranzuholen, so ist dies damit schon genügend widerlegt. Auch das erst der Werk die früheren Arbeiter unterbringen will, stimmt nicht. Jeder Bergarbeiter weiß, daß es der Werksverwaltung ganz gut möglich wäre, alle Leute wieder anzuzeigen, da 500-800 Mann schon meggereift sind. Diese Schreiderien dienen nur dazu, die Öffentlichkeit über die "humane" Handlungswelt der Verwaltung hinzuhalten. Man schaut sich offenbar, diese öffentlich anzugehen.

Ferner ist festgestellt, daß Leute, welche auf anderen Gruben im Niederschlesischen Revier um Arbeit angefragt haben, keine erhalten, da sie von den Schlesischen Kohlen- und Kolbenwerken kamen. Andernfalls hat man aber schon auf den Schlesischen Kohlen- und Kolbenwerken Brüder angenommen, die von Gruben kamen, wo mit gestreikt worden ist. Die Grubenbesitzer tragen da selbst die Schuld, wenn immer mehr Bergarbeiter in anderen Revieren Arbeit suchen.

Angesichts dieser Tatsachen mögen alle Bergarbeiter jetzt erst recht treu zum Verbande stehen. Dadurch können Gewaltmaßnahmen am besten unvorsam gemacht werden. Bleiben die Bergarbeiter weiter so treu und fest im Bergarbeiterverband beisammen, so müssen, will man Arbeiter behalten, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

## Aufruf!

### An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Senefelder Bund (Verband der Lithographen und Steindrucker) ist durch ein in der Arbeiterschaft unerhörtes Vorleben gekennzeichnet worden, zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anpruch zu nehmen. Ausgesperrt sind rund 3000 Lithographen und Steindrucker und rund 800 befinden sich in Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandsmitglieder verpflichten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes 1-3 Mark freiwilligen Beitrag pro Woche für die Dauer der Aussperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihm ausgezwungenen Kampf führen können, ohne fremde Hilfe zu bedürfen.

Da erhalten die Unternehmer Hilfe aus Arbeiterkreisen. Von 31 Mitgliedern des Senefelder Bundes ist in Auftrag von 400 weiteren Mitgliedern, die nach der Verschmelzung des Senefelder Bundes mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker die Beiträge für die Gewerkschaftskasse nicht zahlen, sich jedoch durch die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Bund, das Recht an den Unterstützungen sichern wollen. Die Grubenbesitzer tragen da selbst die Schuld, wenn immer mehr Bergarbeiter in anderen Revieren Arbeit suchen.

Angesichts dieser Tatsachen mögen alle Bergarbeiter jetzt erst recht treu zum Verbande stehen. Dadurch können Gewaltmaßnahmen am besten unvorsam gemacht werden. Bleiben die Bergarbeiter weiter so treu und fest im Bergarbeiterverband beisammen, so müssen, will man Arbeiter behalten, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Der Schlag, der hier gegen die Organisation geführt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit, denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Aussperrung und sie gaben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandsfreiheit des Verbandes gebrochen sei.

Diese Hoffnung soll zu Schanden werden. Die Zeitung der Aussperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steindruckern eingegangenen Kommission übertragen und es ist auch Vorworte getroffen, daß der Aussperrung die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann.

In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft finanziell helfend einzutreten, und hat die Generalkommission auf Antrag des Verbandsvorstandes und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralvorstände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftstagess eine Sammlung für die Aussperrten auszuschreiben.

Wir rufen an die Gewerkschaftsräte des Verbandes auf, ebenso wie die Gewerkschaftsräte der Gewerkschaften, sofort die Sammlung einzuleiten und erwarten von den organisierten Arbeiterschaften, auch von unseren Kameraden, daß sie den Aussperrten die Hilfe nicht versagen wird.

Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Spende folgende Adresse zu benutzen:

G. K. u. C. Engel-Aufer 15, Berlin SO. 16.

Über die eingehenden Beiträge wird im "Correspondenzblatt" quittiert. Besondere Quittungen werden Einzelpersonen nicht zugestellt.

Mit Gruß!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

E. Legien

Berlin, 12. Juni 1906.

## Ein weiterer Sieg des Bergarbeiterverbandes.

Die Käste des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Bochumer Knappschäftsverein hielten hier täglich Rechts mit den Fachgewerbevereinen. Der Knappschäftsverein hielt am Sonnabend den 16. Juni im Hotel Victoria in Bochum seine diesjährige Hauptversammlung ab. Als Tagessordnung standen vorgegeben: 1. Erstwahl des Vorstandes. 2. Anträge auf Änderung der Satzungen. Das Resultat der Wahl ist folgendes. Es erhielten Stimmen:

### Berband:

5 ordentliche Vorstandsmitglieder (Amtsdauer bis 1. Juli 1912). Dahler, Friedrich, Büdchenberg, 186; Stimmen; Schwarz, Thaddäus, Büdinghausen, 186; Heitkötter, Tulerum, 186; Hartmann, Wilh., Rottbaur, 186; Böcher, Ludwig, Baer, 186.

8 ordentliche Vorstandsmitglieder (Amtsdauer bis 1. Juli 1908). Suer, Friedrich, Herne, 186; Stimmen; Jode, Franz, Utzenes, 186; Jungesblut, Friedrich, Voig, 186.

3 Gejämänner (Amtsdauer bis 1. Juli 1912). Wallbruch, August, Büdinghausen, 186; Stimmen; Hopmann, Johann, Catenberg, 186; Kaiser, Andreas, Alsfaden, 186; Kramer, Daniel, Günnigfeld, 186; Wallrich, Jakob, Bruchhausen, 186.

2 Gejämänner (Amtsdauer bis 1. Juli 1908). Heinrich, Joh., Dümpten, 186; Stimmen; Otter, Friedrich, Werne b. L., 186.

8 Erstwähler (Amtsdauer bis 1. Juli 1910). Hora, Konrad, Harpen, 186; Mitglieder; Koppers, Johann, Rottbaur, 186; Höting, Wilhelm, Wanne, 186.

### Bachengewerbeverein:

5 ordentliche Vorstandsmitglieder (Amtsdauer bis 1. Juli 1912). König, Friedrich, Gelsenkirchen, 124; Stimmen; Dreier, Wilhelm, Mengede, 126; Romberg, Wilh., Bochum, 126; Becker II, Matth., Utzenes, 126; Götz, Joh., Schmidhorst, 126.

3 ordentliche Vorstandsmitglieder (Amtsdauer bis 1. Juli 1908). Nienkämper, Heinr., Hesse, 126; Stimmen; Höppner, Heinr., Rottbaur, 126; Hagedorn, Jos., Dellwig, 128.

5 Gejämänner (Amtsdauer bis 1. Juli 1912). Schumacher, Werne, 126; Stimmen; Klein, Peter, Eissen-West., 126; Bergmann, Joh., Freisenbruch, 126; Blas, Heinr., Bochum, 126; Wedel, Heinr., Castrop, 126.

2 Gejämänner (Amtsdauer bis 1. Juli 1908). Seuse, Wilh., Grindorf, 126; Stimmen; Husemann, Karl, Herne, 126.

3 Gejämänner (Amtsdauer bis 1. Juli 1910). Becker III, Josef, Herne, 126; Stimmen; Kämpner, Bochum, 126; Wischmann, Heinr., Grindorf, 126.

Nunmehr sitzen noch fünf Fachgewerbeverein im Knappschäftsverband. Bisher hatten wir fünf und die "Christlichen" zehn Vorstandsmitglieder, jetzt ist das Verhältnis umgedreht.

Keinlich steht es mit den Wahlen bezw. jetzigem Stand der Erstwähler. Damit ist die Macht des Fachgewerbevereins im Knappschäftsverband gebrochen und werden die Herrschaften nun mehr wohl selbst einsehen, was sie mit ihren damaligen einseitigen Handlungen begangen und wie es nicht gut ist auch bis jetzt den rein christlich-fachgewerbevölkischen Standpunkt gewahrt zu haben.

Die Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung brachte eine Überraschung für die beteiligten Käste. Die Vertreter hatten hierzu folgenden Antrag eingebracht:

"In Erwägung, daß der vom Vortage verabschiedete Gesetzentwurf betreffend Abänderung des 7. Titels des Allg. Berggesetzes in allerdrücklichster Zeit Gesetz wird und dieses Gesetz zum 1. Januar 1908 in Kraft tritt, doch bis zu letzterem Zeitpunkte — also innerhalb eines Zeitraumes von 1½ Jahren eine gründliche Änderung der Satzungen sämtlicher preußischer Knappschäftsvereine, also auch derjenigen des Allg. Knappschäftsvereins unbedingt erforderlich ist, daß auch der Allg. deutsche Knappschäftsverband ein Normallstatut ausarbeitet, welches bestimmt ist, den einzelnen Vereinen zur Sicherheit für die erforderlichen Änderungen zu dienen, daß der Inhalt der zu der heutigen Generalversammlung angemeldeten Anträgen mit den Vorschriften des demnächstigen Gesetzes zum großen Teile unvereinbar ist, lehnen die Werksbesitzer heute eine Statutänderung ab."

Die gestellten Anträge, welche von den Vorständen überhaupt noch nicht geprüft sind, durften diesem vorzulegen sein".

Der Vorstande Herr Dr. Weidtmann wies nach Vorlesung des Antrages auf die Statutbestimmung (§ 51 Absatz 2 des Statuts) hin, wonach bei Abweichung der Erklärungen beider Teile — Werks- bzw. Arbeitervorsteher — der in Frage stehende Antrag als abgelehnt gilt.

Weidtmann schloß hierauf sofort die Generalversammlung,

ohne daß auch nur einer der anwesenden Arbeitervorsteher zu Worte kam.

Wenn uns eine derartige Behandlung der Knappschäftsältesten und somit auch der Knappschäftsmitglieder nicht gleichgültig sein darf, so hat uns die Stellungnahme der Werksbesitzer wenigstens gezeigt, wo hin wir weiter gehen sollen. Und die Knappschäftsmitglieder wie deren Käste werden zur geeigneten Zeit auf dem Posten sein.

## Abräumung.

Bei der Hauptklasse hatten bis zum 15. Juni folgende Zahlstellen für den Monat Mai abgerechnet: Altendorf-Ruhr 221,80, Utzenes, 129,50, Altendorf-Ruhr (für April 231,30), Alsfaden 556,40, Wipke, 424,80, Auf dem Schne (zweite Rate) 188,80, Ammen 596,10, Altenbochum 328,40, Alsfeld a. d. Leine 130,10, Barop 320,10, Bergerhausen 87,50, Berg-Worbeck 287, Beed 168,40, Beckhausen 193,70, Beuthen 1230,80, Billmerich 159,80, Blankenstein 33,90, Bochum I 401,40, Bochum II 545,30, Bochum III 874,20, Bochum IV 286,30, Bochum V 227,20, Bochum VI 424, Bochum VII 363,90, Bochum VIII 218, Boenken 458,10, Borbeck 399,70, Bottrop II 339,90, Büdinghausen 137,90, Brantbauer 454,90, Büsle 188,80, Bradel 568,30, Brauf 419,20, Brechten 290,70, Bredeney 120,40, Bredenbach 167,90, Brüninghausen 100,40, Buer 371,50, Büchhausen 809,80, Baukau 710,40, Bittermark 110,90, Bysang 54,50 (für April 52,50), Bommer 317,30, Borsdorf 29,20, Brunkensen 2,40, Banteln 76,20 (für April 107,40), Castrop 256,90, Carnap 302,50, Cörne 51, Dahlhausen-Hörsterholz 187,80, Derne 353,30, Dorfstein 302,70, Dümpten I 153,20, Dümpten II 224, Dümpten III 122,10, Dortmund 2029,46, Dellwig 203,50, Deuten 202,50, Deininghausen 24, Dinslaken 42,80, Dehnsten 47,20, Eichholz 403, Eichlinghausen 491 (für April 518), Eidel 516, Elsinghausen 43,90, Eppendorf 268,50, Esborn 350,80, Essen 1005,60, Erkenschwick 484,90, Euting 1565, Ende 122,50, Eggershausen (für April 108,80), Egerstorf 299,60, Erkrath 291, Erkendorf 105,80, Freisenbruch 285,10, Fulerum 363, Frieden 124,50, Großmerker 40, Gelsenkirchen I 590, Gelsenkirchen II 642,40, Gelsenkirchen III 725,80, Gelsenkirchen IV 589,80, Gladbeck I 1014,50, Gladbeck II 258, Glümingfeld 424,70, Groppenbruch 89,60, Gelsenkirchen V 221,60, Gelsenkirchen VI 483,40, Gelsenkirchen VII 375, Groß-Rhüthen 42, Haarzopf 188,30, Herne 1812,70, Haltern 72,70, Haslinghausen 377,80, Hamborn I 412,60, Hamborn II 520,50 (für April 543,40), Hamm a. d. L. 209,60, Habinghorst 148,20, Harpen 688,40, Hausham 63, Heeren 549,10, Herten 189,60 (für April 155,30), Herren 1058,20, Heven 182,10, Hückelhau 351, Herbecke 103,90, Hiltrop-Gerthe 220,60, Horbeck 299,20, Hochstahlmark 145,20, Hofstede-Grevel 184,20, Hiesfeld (für April 92), Henrichenburg 57,80, Hacheney 49,50, Hohenbueck 96,80, Hohmege 366,70, Holthausen-Göttingen 133,80, Holthausen-Börning 441, Holthausen bei Wanne 356,50, Holten 201,40, Holzmühede 336,60, Hochstiepe 1859, Hombruch 346,70, Horbeckstein 280,50, Horst-Kuh 185,80, Höchsten 188,20, Höftrop 860, Holthausen bei Wühle 253,20, Hohlgotterweg 28,10, Hiltrop-Bergen 95,80, Kattau 431,60, Kattenhardt 24, Ramen I 595,10, Ramen II 807,81, Katernberg I 652,70, Katernberg II 184, Kirchdeine 107,80, Kirchhöfel 253,10, Kray 507, Krudel 320,10, Königsborn 358,70, Kupferdreh 80,90, Kürklinde 148,90, Klei 123,50, Krebschagen 151,20, Krichorst 17,20, Laer 752,10, Langenbeck 147,2, Lanxrop 228,20, Laizach 32,40, Linden 297,10, Lindenhorst 175,10, Lüdemberg 207,60, Lünen-Süd 567,10, Lünen-Nord 143,30, Lütgenbortmund 180,70, Lüttmegen 86,40, Linden-Hanover 64, Mariensteine 61,60, Marten 675,30, Margloch 741,10, Meiderich 470,70, Mengede 551,60, Miesbach 193,90, Mässenerheide 78,50, Mengelinghausen 95,70, Mühlhausen bei Wanne 144,40, Niederbonsfeld 169,40, Niederrönningen 270, Niederwerder 55,30, Scharnhorst 261, Oberhausen I 183,40, Nienholt 50,40, Oberhausen I 501,10, Oberhausen II 366,70, Nienert-Nord 84,50, Obermaien 143,60, Oberproschöbel 283,40, Oespel I 348,40, Oespel II 185,10, Ostholz 90, Übermarck 800,50, Oberaden 71,50, Ober-Gastrop 326,30, Osterfeld 231,50, Übermöhren 216, Peissenberg 55,60, Peissenberg-Helten 69, Peissenberg 490,20, Querburg 409, Raueil 170,10, Recklinghausen-Süd 1214,40, Riente 300,80, Röthhausen 1005,40, Rüdinghausen 211,80, Rüdinghausen 387, Rüdinghausen 279,20, Rüttenscheid 169,80, Riese 160, Recklinghausen 1015,70, Sinsen (für April 34,80), Stukenbusch

44,80, Söbbern 318,40, Sommerberg 57,90, Solbe 188,80, Süle 76, Schanze 171,10, Niedersproschöbel 572,60, Schmidhorst 181,60, Steine 341,80, Schneidkamp II 277,40, Schneidkamp 261,80, Schwerterheide 57,40, Schüren 442,70, Steele 377,40, Sterkrabe 417,80, Stadthagen 26,80, Stegel 70,80, Stettberg 415, Stoppenberg I 826,10, Stoppenberg 434,80, Scherbeck 128, Suderwick 240,10, Unna 882,00, Ueberruhr 105,80, Saarstadt 41,90, Vormholz-Durchholz 842,90, Welen 270, Bezirk Walbenburg für Februar 6658,90, Wärz 5180,80, April 980,80, Wambel 80, für April 86, Wanne 1210,80, Wattenscheid I 980,80, Westmar I 880,80, Westmar II 288,80, Werden-Ruhr 895,80, Werne bei Langenbeck 785,80, Westerhof 156,80, Westerholz 84,80, Westrich 120,80, Westrich 270,80, Wiede 279,80, Wellingholz 188,80, Witten 436,80, Winz-Baet 82,80, Wörnsmühle 89,80, Wittenheim I 1146,80, Wittenheim 185, Wiston 12, Wittenbüttel 156,80, Wittenbüttel 11,70, Wittenborsig 182,80, Wittenbüttel 28 546,77, Witten 466,80, Wuppertal-Marsch 881,50, Wuppertal-Marsch 181,80, Wuppertal-Marsch 51,80, Stoppenberg II (für April 50,70), Westerheide 65,70 Markt.

## Briefkasten.

Verschiedene Einsendungen mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden. **Anonymus.** Warum nur die Unterschrift "des Verbandsmitglied"! Es ist zwar ein schöner Name, aber es genügt uns nicht. Name und Unterschrift des Vertrauensmannes fehlt. Resultat: Papierkorb — B., Bottrop. Der Streit ist beendet. In Alabama sind noch einige Punkte zu regeln, sonst alles ruhig. — **S.** Dein Gedicht scheint Dir viele Mühe gemacht zu haben, es tut uns daher leid es ablehnen zu müssen, da nicht für unsere Zeitung verwendbar. — **Kamen.** Ist schon durch Artikel: "Vaterchristliche Erfindungen" geregelt. — **Kratz.** Daselbe. — **Langenfeld.** Haben wir nicht mehr, ist auch schon veraltet. — **G. O., M.** Nächste Nummer. — **C. St. O., M.** Du hast so unklar geschrieben, daß wir absolut nicht ersehen können, wie es mit der Förderung zugeht. Weißelich schreibt Du noch einmal, kurz und deutlich. — **Hollingen.** B. Wenn ihr die Arbeitsbücher nicht selbst gesehen habt, so würde höchstens wieder eine Verichtigung der Erfolg des Eingesandten sein.

## Verbandsnachrichten.

**Achtung!** **Ortsverwaltungen!** **Achtung!**

Das Verbandsmitglied A. Scholz aus Borna (Nr. 102 281) hat versucht, sich von einzelnen Ortsverwaltungen Genehmigungsunterstützungen zu erschwindeln. Da die Angaben Sch. nicht zutreffen, so darf keine Ortsverwaltung an Scholz Unterstützung zahlen.

Wegen unkameradschaftlichen Verhaltens ist das Mitglied Nr. 60 898 Josef Döpferalla-Mengede (früher Zahlstelle Binden-Mühle) auf Antrag der Zahlstelle Binden aus dem Verband ausgeschlossen.

### Arbeitslosen-Zählung.

Wir machen die Zahlstellen-Verwaltungen darauf aufmerksam, daß am 1. Juli wieder für das abgelaufene Quartal die Zählertafeln für Arbeitslose einzusenden sind. Die Tafeln vom Reichsbund des Innern müssen bis 5. Juli in Bochum sein. Wer keine Zählertafeln-formulare mehr hat, mag schnellst an uns schreiben, wir senden dann welche. Streitende und Ausgesperrte sind nicht mit aufzuführen, sondern nur ausfällig Arbeitslose. — **Der Vorstand.**

**Altenseen.** In letzter Zeit zirkuliert hier das Gericht, unser Zeitungshof Carl Gaubold sei vom Vertrauensmann schriftlich aufgefordert worden, das Geld für die ihm anvertrauten Vertragsmarken abzuliefern. Demgegenüber erkläre ich, daß eine solche Aufforderung bei Kamerad G. nicht nötig ist, da derzeit einer der plaktiertesten Voten unserer Zahlstelle ist und es bei ihm absolut keiner Aufforderung bedarf. Diese Gerüchte, die wie uns mitgeteilt wird, ein Väder Esch verbreite, sind dennoch nur ins Werk gesetzt, unseren Kameraden G. zu verleumden, und wird Herr G. an anderer Stelle Beweise für seine Behauptungen zu erbringen haben. — **H. Klare**, Vertrauensmann.

**Berghausen.** Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von jetzt ab alles, was die Zahlstellenangelegenheiten betrifft, an den Vertrauensmann Nikolaus Wohr, Gutprospektstraße 7, zu richten ist. Die Mitglieder werden gebeten, die Zahlstellenveranstaltungen besser zu besuchen.

**Herbede.** Unseren Voten sind 22 Marken à 40 Pfsg. verloren gegangen. Finder wolle sie an den Vertrauensmann abgeben.

Der Zeitungshof Neumann-Gelsenkirchen-Bismarck hat in der Andreasstraße am 8. Juni 48 bzw. 54 Verbandsbeitragsmarken à 40 Pfsg. verloren. Der ehrliche Finder wird erachtet, dieselben entweder an den Vertrauensmann Erhard Allage oder an den Kameraden Neumann abzugeben.

**Gladbeck I.** Freiwillige Gaben für die Witwe Wilh. Peter gingen ein: 66,75 Mr.

### Bücher-Revisionen.

finden statt in den nächsten Tagen in Berghausen; in Bottrop am 26., 27. und 30. Juni; in Bottrop II am 27., 28. und 30. Juni; in Esborn in der zweiten Hälfte des Monats Juli; in Grumme in den nächsten Tagen; in Herne vom 22. bis 30. Juni; in Niedersproschöbel vom 25. Juni bis zum 10. Juli. Die Kameraden werden gebeten, die Bücher in Bereitschaft zu halten.

### Frankengeldauszahlung.

**Bottrop II.** Das Frankengeld wird von jetzt ab jeden Freitag von 9—6 Uhr, Gladbeck 49 ausgezahlt. — **Catenberg I.** Der Frankengeldzuschuß wird nicht mehr bei Methmeyer ausbezahlt, sondern beim Witt Bürger, Kastanienstraße. — **Lütgendortmund.** Jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr Auszahlung des Frankengeldzuschusses beim Kassierer Otto.

Für ausgestellte Duplikate von Mitgliedsbüchern müssen 20 Pfsg. bezahlt werden, wofür auf der ersten Seite des Buches, an der Stelle, wo die Eintrittsmarken gelebt werden, eine Duplikatmarke eingeklebt wird. Bei Zahlungen von Duplikaten sollte man von jetzt ab stets die Hauptrummer mit angeben. Die Marken werden beim Ausstellen des Buches auf dem Verbandsbüro eingeklebt und die Zahlstellen damit belastet.

## Kameraden, werbet für den Verband!

**Dess**

